

Liebe Freundinnen und Freunde in pax christi,

an der Schwelle des neuen Jahres 2013 sind diese Zeilen geschrieben worden; Die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen z. B. im Nahen Osten, in Syrien, in Afrika oder auch anderswo konfrontieren uns mit der zunehmenden Militarisierung. Und es bleibt angesichts dieser zahlreichen Konflikte zu fragen, wann und wie die Visionen der großen Propheten wahr werden, wann wird endlich die messianische Zeit anbrechen, die uns mit der Geburt im ärmlichen Stall von Bethlehem von den Engeln verkündet wurde, wann werden die Waffen zu Pflugscharen geschmiedet, wann wird endlich Frieden werden?

Angesichts der weiteren lokalen und globalen Militarisierung werden diese Visionen von einem Reich Gottes, von messianischen Zeiten in den Hintergrund gerückt, sie verlieren an Leuchtkraft und Orientierung. Dies lässt sich an ein paar Beispielen (Vgl. im Rundbrief unten) verdeutlichen:

- Am 29.6.2012 wurde erstmals in der fast 40-jährigen Geschichte der Bundeswehr - Universität ein Beförderungsausschuss als öffentliches Militärschauspiel im Herzen der Stadt München zelebriert. Nach einem Gottesdienst in der Theatinerkirche hat der Bundesverteidigungsminister im Münchener Hofgarten 573 Offiziersanwärter zum Leutnant zur See befördert. Es wurde ein Ort der Inszenierung ausgesucht, an dem 1924 ein Kriegerdenkmal eingeweiht wurde und der bis heute immer wieder als Aufmarsch- Ort für nationalistische und faschistische Organisationen diente. Hinter den eingemeißelten Worten „Sie werden auferstehen“ wurde nun die öffentliche Zustimmung organisiert: Soldaten an die Front.
- Albert Fuchs, ein pax christi- Freund, spricht von „einer Re-Sakralisierung des Militärischen“, d. h. „dem augenscheinlich Sinnlosen, dem Tod gefallener Soldaten, doch noch einen Sinn abzuringen (Fuchs)“. So haben die militärischen Eid- und Gelöbnisrituale bereits seit der Frühzeit der Bundeswehr explizit einen Transzendenzbezug mit der Beschwörung von „Recht und Freiheit“, sie verweisen auf eine Sphäre der transzendentalen Werte und des Heiligen. Eine ganze Reihe von quasi-religiösen Ritualen verdeutlichen diese Re-Sakralisierung: Das feierlich-öffentliche Gelöbnis, die Vereidigung der Zeit- und Berufssoldaten, der Große Zapfenstreich, die Kranzniederlegung, die Totenehrung und die Trauerfeier, die medial auch öffentlich gemacht wird. Der ehemalige Militärbischof Mixa hat dies konkretisiert, indem er davon spricht, dass hiermit „... unsere Soldaten auf eine große Treue und Liebe aufmerksam“ gemacht würden, die sich in der Hingabe des „von einem Berg des Hasses, der Verleumdung, des Spottes und der grausamen Folter im Sterben am Kreuz gleichsam vernichteten Jesus und in seinem Leben des

auferstandenen Christus erschließe.“

- Erst vor kurzem hat das Bundeskabinett beschlossen 400 Soldaten in die Türkei zu entsenden, die dort Patriot - Raketen zur Verteidigung der Türkei bedienen sollen. Dies könnte zu einer weiteren Eskalation des „arabischen Frühlings“ führen. Deutschland zieht weiter in den Krieg und die Öffentlichkeit nimmt dies schweigend zur Kenntnis.
- Am 22.8.2012 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass „die Verwendung spezifischer militärischer Waffen bei Einsätzen (im Inneren) nach diesen Vorschriften nicht grundsätzlich“ ausgeschlossen ist.

Mit diesem Urteil ist ein fundamentales Prinzip unserer Verfassung durchbrochen, dies unter Umgehung einer Verfassungsänderung durch den Gesetzgeber. Eine Tür für eine weitere Militarisierung im Inneren der Bundesrepublik ist damit aufgestoßen worden.

Es bleibt zu fragen, was uns als katholische Friedensbewegung motivieren kann, engagiert und ambitioniert dieser Entwicklung entgegen zu treten, die scheinbar unaufhaltsam voran schreitet, die den weihnachtlichen Botschaften diametral entgegen steht?

Nun, die Bücher des ersten und zweiten Testamentes geben hier reichhaltige Antworten und Hinweise. Beginnend mit dem Exodus, der Befreiung aus dem Sklavenhaus Ägypten, den Erfahrungen in der Gefangenschaft von Babylon, den großen Propheten Amos, Jesaja und Micha bis zu dem Messias Jesu zieht sich wie ein roter Faden die Utopie einer Befreiung aus Knechtschaft, Krieg und Terror hin: „Von Zion wird das Gesetz ausgehen und des Herren Wort von Jerusalem. Und er wird richten, zwischen den Völkern, schiedsrichten bis in die Ferne, dass sie schmieden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert aufheben und werden fortan keinen Krieg mehr führen“. (Jes. 2,4; Micha 4,3f).

Ernst Bloch spricht von dem Urmodell der „pazifizierten Internationalen“.

Ich bin mir sicher, dass uns die jüdischen und christlichen Traditionen und Visionen einen Ausweg aus unserem augenblicklichen Dilemma geben.

Wir können und werden uns auf den Weg machen, im kommenden Jahr das zu tun, was diesen messianischen Visionen entgegen kommt. Dies unter dem Motto: Eine bessere Welt ist möglich.

Schalom und ein gesegnetes Jahr 2013

Egbert Wisser

Nachruf Hermann Paulus

Wir trauern um unser langjähriges Mitglied Hermann Paulus, der am 5.10.2012 plötzlich und unerwartet im Alter von 84 Jahren verstorben ist.

Hermann Paulus war fast bis in seine letzten Lebenstage ein kämpferischer Christenmensch, der immer wieder fragte: „Was würde Jesus in unserer Situation größter katastrophaler Bedrohungen sagen und tun? Oder „Was muss geschehen, um mit der über alles rangierenden Freiheit des Gewissens im Geiste Jesu kraftvoll aktiv zu werden? Es drängt mich zu der Anregung, dass wir Pax Christi- Mitglieder unseres Raumes in jesuanischer Radikalität über uns nachdenken und Visionen für unsere künftige verantwortungsvolle Mitarbeit entwickeln.“ (Aus einem Brief an den Vorstand der Bistumsstelle vom 9.4.12).

Sein gesamtes Streben in den letzten Jahren war fast ausschließlich dem Ziel einer gerechteren, friedlicheren Welt gewidmet. Seine Leitbilder (aus einem Brief) waren:

- „Gerechtigkeit für alle Geschwister auf der Erde,
- Frieden ohne Militärgewalt
- und Harmonie mit der Natur.“

Diese Leitgedanken und Visionen waren in großen Lettern an der Heckscheibe seines Pkws angebracht, zuweilen wirkte er missionarisch.

In persönlichen Gesprächen oder Telefonaten wurde immer wieder deutlich, wie sehr er unter den gesamten lokalen und globalen Verwerfungen litt. Es schmerzte ihn, den nach Frieden schreienden Mensch, sehr, dass er bei den kirchlichen Würdenträger kaum Gehör fand oder abgewiesen wurde; das verbitterte ihn zusehend. Er hielt aber an seinen Visionen entschieden fest. Es gelang nur in einigen Bereichen, ihn in unsere Arbeit einzubinden, mit ihm auf Augenhöhe zu kommunizieren, um seine Ideen einer besseren Welt zu diskutieren, vielleicht auch kleine neue Schritte mit ihm gemeinsam zu gehen, vielfach konnten wir ihm auch „in seinem Tempo nicht folgen.“

Auch wenn es uns nicht gelungen ist, konstruktiv zu kooperieren, so werden uns seine Fragen: Was würde Jesus tun? –nicht ruhen lassen, seine Visionen im Fokus unser Bewegung zu halten.

Wir verbeugen uns vor diesem aufrechten und radikal suchenden Menschen, Hermann Paulus aus Cochem, und hoffen, dass er gemäß den biblischen Verheißungen in den Händen Gottes Frieden und Ruhe finden wird, den er auf Erden leider nicht gefunden hat.

Seiner Tochter und Familie sprechen wir unser Mitgefühl und Sympathie aus.

Koblenz, den 6.12. 2012

Egbert Wisser Sprecher

Hinweise und Berichte

Auf der diesjährigen **Delegiertenversammlung** wurde der **Vizepräsident** Johannes Schnettler in einem großen Rahmen verabschiedet(vgl. pax zeit). Er blickt auf eine Amtszeit von 18 Jahren zurück, in der er entscheidend zur Entwicklung der deutschen Sektion beigetragen hat. Freunde und Weggefährten haben ihn entsprechend gewürdigt. Pax christi Trier wünscht ihm gerade auch in Erinnerung an die gemeinsame Zeit alles Gute für die Zeit danach. Leider gibt es noch keinen neuen Vizepräsidenten.

Pax christi Trier ist jetzt mit dem **Geistlichen Beirat** (als solcher bleibt er uns auch im Bistum erhalten) Horst Peter Rauguth im Präsidium vertreten. Wir gratulieren zu seiner Wahl und wünschen ihm segensreiches Wirken.

Flucht ist kein Verbrechen- Schlüssel nach Brüssel: Der Vorstand der Bistumsstelle von pax christi hat sich auf seiner letzten Sitzung am 10.10.2012 in Trier auch mit der Verschärfung des Asylrechts auf europäischer Ebene beschäftigt. Er erklärte sich mit der Aktion von PRO ASYL „Schlüssel nach Brüssel“ solidarisch, bat um vielfache Unterstützung mit der Aufforderung: Schicken Sie einen Schlüssel nach Brüssel und protestieren Sie gegen diese Regelung Schutz suchender Menschen“.

Diese Aufforderung richtet sich gegen die Änderung der EU- Richtlinie zur Aufnahme von Asylsuchenden, die die EU-Innenminister bei ihrem Treffen am 26.4.2012 besprachen. Diese Neuregelung schafft rechtliche Grundlage für eine umfassende und systematische Inhaftierung Schutz suchender Menschen. Danach ist es erlaubt, jedem Asyl suchenden Menschen der EU jederzeit und an jeden Ort zu inhaftieren. Im Einzelnen werden 6 Haft-gründe genannt: zur Feststellung der Identität, zur Beweissicherung, zur Prüfung des Einreiserechts, wegen einer verspäteten Asylantragstellung, wegen der nationalen Sicherheit und Ordnung, wegen einer möglichen Gefahr des Untertauchens. Schließlich können Kinder und Jugendliche inhaftiert werden. „ Eine völlig inakzeptable Regelung“, „ die gegen die Kinderrechtskonvention der UN verstößt und schwerste psychosozialen Schäden bei diesen Minderjährigen anrichten kann.“

100 Jahre Türkei von Atatürk zu Erdogan: Zur Veranstaltung des christlich(pax christi Wittlich)-islamischen Gesprächskreises hatte sich ein kleiner Kreis sich am 13.11.2012 im St.Markus-Haus Wittlich zum Vortrag über die letzten 100 Jahre der türkischen Geschichte eingefunden. Der Referent, Franz Hassemer, 1971-1976 als Lehrer an der pädagogischen Hochschule in Ankara, legte den Schwerpunkt auf das Reformwerk Atatürks von 1919-1938, wies aber darauf hin, dass schon davor Ansätze zur Modernisierung des damaligen Osmanischen Reiches zu verzeichnen sind, so die Gleichberechtigung aller Völker und Religionen, eine Verfassung und ein Parlament.

Atatürk bewahrte das türkische Kernland vor der Aufteilung unter die Sieger des 1. Weltkrieges und machte die Türkische Republik, gestützt auf Armee und Bürgertum, zu einem Staat europäischer Prägung: Sultanat und Kalifat wurden abgeschafft, ein Parlament, die Große Türkische Nationalversammlung, von Männern und Frauen gewählt, die Scharia durch staatliche Gesetze auf der Basis der Menschenrechte ersetzt, die lateinische statt der arabischen Schrift eingeführt, Industrie, Handel und Landwirtschaft gefördert, der Friede nach Innen und Außen gesichert. Auch unter Adnan Menderes (1950 bis 1960), Turgut Özal (1983 bis 1983) und Recep Tayyip Erdogan (seit 2003) setzten sich trotz mancher Rückschläge und Verzögerungen Rechtsstaat und Demokratie weitgehend durch, ebenso sind Bildung und Wohlstand für Vieles zu verzeichnen. Als Belastung blieben allerdings der große Einfluss des Militärs, der Egoismus mancher Parteien, die zu weit gehende Zurückdrängung der Religion und das Kurdenproblem.

Das System Abschiebehaft ist das Problem: „Anlässlich der diesjährigen (2012) „Interkulturellen Woche“ haben Vertreter des Saarländischen Flüchtlingsrates (pax christi ist aktiv beteiligt), der Aktion 3. Welt Saar und der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier auf einer Pressekonferenz in Saarlouis die Pläne für eine modifizierte Abschiebehaft des rheinland-pfälzischen Integrationsministeriums und des ihm angegliederten Runden Tisches kritisiert. Ihre deutliche Kritik haben sie auch in einem vierseitigen Positionspapier zusammengefasst und der Öffentlichkeit vorgestellt. Hintergrund ist die geplante Schließung des Abschiebegefängnisses in Ingelheim aufgrund jahrelanger Proteste und der extrem hohen Kosten. Stattdessen sucht das rheinland-pfälzische Integrationsministerium unter Irene Alt (Bündnis 90/Die Grünen) nach einer „Alternative“. Finden soll sie ein dem Ministerium angeschlossener „Runder Tisch“, der sich vor allem aus Vertreterinnen und Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen zusammensetzt. Saarländischer Flüchtlingsrat, Aktion 3. Welt Saar und Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier lehnen Abschiebehaft grundsätzlich ab und wurden ebenso wenig wie Flüchtlingsinitiativen zum Runden Tisch Ingelheim eingeladen.“ Die Organisationen fordern eine Beendigung der Abschiebehaft und lehnen die unter dem Stichwort „Modernisierung“ getroffenen Überlegungen ab. Gefordert wird ein gesellschaftlicher Perspektivwechsel gegenüber den Flüchtlingen. Änderungen allein an den Vollzugsbedingungen sind Kosmetik.

Pressemitteilung des FriedensNetzes Saar zu Gespräch über Bundeswehr an Schulen und Friedenserziehung: "Das Gespräch der GEW, der Evangelischen Kirche, der Landeselterninitiative für Bildung, pax christi und dem FriedensNetz Saar mit Bildungsminister Ulrich Commerçon (SPD) hat den Sonderstatus der Bundeswehr an Schulen im Saarland leider nicht beendet", so kommentierte Dr. Nikolaus Götz, einer der Sprecher des regionalen Friedensbündnisses FriedensNetz, die rund einstündige

Unterredung. Als „Im Westen nichts Neues“, bezeichnete er die Position des sozialdemokratischen Ministers, der ausdrücklich betonte, Wehrdienstverweigerer gewesen und Sympathisant der Friedensbewegung zu sein. Doch auch er beharrte jetzt wie sein grüner Vorgänger Klaus Kessler auf dem unter der heutigen Ministerpräsidentin des Saarlandes ohne Not abgeschlossenen Kooperationsvertrag 'Schule – Bundeswehr'. "Auch wenn dieser Vertrag mit den bereits im Gespräch mit Kessler durchgesetzten Änderungen nun eher symbolischen Charakter trägt, bleibt er ein Politikum, ein Zeichen für die weitere Militarisierung der Gesellschaft", so Götz weiter. Dass inzwischen viele mit dem jetzigen Vertrag leben können, zeigt, dass ein schleichender Gewöhnungsprozess in dieser Sache stattgefunden hat. Deshalb werden „wir weiter gegen diesen Vertrag kämpfen!“, meinte auch Waltraud Andruet von pax christi Saar.

Am **Montag den 3.Dezember 2012** fand um **19.00 Uhr** das Letzte jour fixe im Atelier Mario Andruet statt. **Dr. Fred Klinger**, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler sowie pax christi Mitglied aus Berlin widmete sich dem Thema: Prophetischer Aufbruch und Widerstand. Über die Befreiung in den Zeiten der Katastrophen. Anschließend diskutieren und reden wir über Visionen wie wir unsere Zukunft gestalten können. Im letzten halben Jahr gab es im Atelier von Mario weitere Veranstaltungen zu Themen von pax christi unter anderem im September mit Dominic Kloos (Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar) zum Thema Kapitalismus und Rüstungsexporte. Besonders zu erwähnen ist im November die Veranstaltung zur Ökumenischen Friedensdekade: Mutig für Menschenwürde. Der geistliche Beirat von pax christi Trier, sprach zu „Mutig für die Menschenwürde – für junge Afghanen; Kirchenasyl für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge. Waltraud Andruet – als Sprecherin des saarländischen Flüchtlingsrates - stellte die Erfahrungen mit Flüchtlingen im Saarland, besonders im Lager Lebach dar.

Spromsperre: Aufgrund von Stromsperrungen ist es in verschiedenen Kommunen schon zu Unglücken mit Todesfolgen gekommen. Das nahm Egbert Wisser zum Anlass in der Stadt Saarbrücken nachzufragen, mit welchen neuen Maßnahmen sie künftig auf Stromsperrungen reagieren will, um schlimme Folgen zu verhindern – besonders auch für Kinder. In einem ausführlichen Antwortschreiben hat Frau Britz, die Oberbürgermeisterin, das 4 Punktemodell der Stadt erläutert. Das 1. heißt, dass der Sozialhilfeempfänger einem Datenaustausch zwischen dem Energielieferer und den Sozialbehörden ermöglicht, damit mit Hilfe der Behörden eine Sperrung verhindert werden kann. 2. Bei der letzten Zahlungsaufforderung wird auf die Hilfemöglichkeiten der Sozialbehörden hingewiesen. 3. Sperrungen werden nur von Montag bis Donnerstag vorgenommen, damit den Betroffenen Handlungsmöglichkeiten bleiben. 4. Der Energieträger verpflichtet sich, mit gezielten Maßnahmen, die Zahlungsrückstände der Kunden möglichst gering zu halten.

In der Sitzung vom 13.12. bezeichnete der Vorstand die Vorgehensweise als einen wichtigen Schritt zum Schutz betroffener Menschen und er unterstützt das Anliegen der Stadt Saarbrücken, solche Modelle bundesweit einzuführen.

Rüstungsexporte – Zeit zum Aufschrei: Vom 12. bis 15. November fand in Trier unter Beteiligung von pax christi eine Aktions- und Informationswoche zum Thema Rüstungsexporte statt. Der Aufschrei gegen den starken Ausbau des Exports von Rüstungsgütern in den letzten Jahren – Deutschland ist führend in Europa und drittgrößter Rüstungsexporteur weltweit – hat viele Gründe: Millionen von Verstümmelungsopfern, tausendfacher Tod, die Profitgier des militärisch-industriellen Komplexes und die durch Bindung von Haushaltsgeldern verursachten ‚Entwicklungshemmnisse‘ in Ländern des globalen Südens.

Veranstaltungen: 12.11: Spielfilm „Lord of War“, der die dunklen Kanäle der Waffenbeschaffung thematisiert. Dienstag 13.11. Information durch Emanuel Matondo über die Auswirkungen von Waffenexporten im südlichen Afrika in der ESG und im Kokolores. Am 14.11. Podiumsdiskussion mit Jan Grebe (Internationales Konversionszentrum Bonn, BICC), Burkhard Braunbehrens (Mitgesellschafter von Krauss-Maffei Wegmann) und Dominic Kloos (Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar/Aktion Aufschrei) Moderation: Stefan Weinert (Rundfunk im Bistum Trier). 15.11. Aktionsworkshop mit Anita Bertolami und Shiva Grings (Schauspielerinnen), bei dem das erlangte Wissen Ausdruck in kreativen Protestformen (Straßentheater) findet. (Vgl. den Bericht von Michael Koob unten.)

„Rüstungsexporte – Zeit zum Aufschrei!“ - Aktionswoche in Trier

Deutschland ist nach wie vor einer der weltweit größten Exporteure von Rüstungsgütern – das machte der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung, der am 14.11. erschien, erneut deutlich. Dieser war der aktuelle Hintergrund, der die Dringlichkeit des Anliegens der Aktions-woche, die vom 12.-15.11. in Trier stattfand, noch einmal deutlich machte: „Rüstungsexporte – Zeit zum Aufschrei!“. Ein breites Bündnis von Gruppen, u.a. pax christi, hatte gemeinsam diese Veranstaltungsreihe geplant.

Den Auftakt bildete der Film „Lord of war“, der mit filmischen Mitteln einige Mechanismen und Folgen des Rüstungsgeschäftes darstellt: ‚Es befinden sich weltweit über 550 Millionen Schusswaffen in Umlauf. Das heißt, auf diesem Planeten hat jeder zwölfte Mensch eine Schusswaffe. Das führt zu der einen Frage: Wie bewaffnet man die anderen elf?‘, so eröffnet der Protagonist des Films Yuri Orlov den Film, der die Geschichte vom Aufstieg und Fall eines Waffenhändlers erzählt. Im Anschluss wurde der Film mit den Zuschauern diskutiert, wobei auch der regionale Bezug zur Waffenfabrik

Diehl in Nonnweiler und zur Wehr-technischen Dienststelle in Trier hergestellt wurde.

In der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Waffenexporte ins südliche Afrika: Ein Geschäft mit dem Tod“ am folgenden Tag referierte Emanuel Matondo, ein angolischer Kriegsdienstverweigerer, der in Deutschland Asyl erhalten hat: Im südlichen Afrika ist Deutschland Waffenexporteur Nr. 1. Insbesondere nach Südafrika werden Waffen und Know-How exportiert. Zugleich berichtete Matondo davon, dass nach wie vor die soziale Situation vieler Menschen im südlichen Afrika sehr schlecht ist. So gewann die Absurdität der Rüstungsexporte und -investitionen besondere Anschaulichkeit, als Matondo die Höhe der Rüstungsausgaben der einzelnen Länder mit der erschreckend geringen Anzahl von Krankenhausbetten pro Einwohner korrelierte.

Am 14.11. ging es in einer Podiumsdiskussion um das Pro und Contra von Rüstungsexporten. Diskutanten waren Jan Grebe vom Bonner International Center for Conversation (BICC), Burkhard Braunbehrens, Mitgesellschafter von Krauss-Maffei-Wegmann, Horst Schmitthenner, ehemaliges Vorstandsmitglied der IG Metall, und Dominic Kloos vom Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar.

Zunächst referierte Grebe einige aktuelle Zahlen zum weltweiten Rüstungshandel: Deutschland hat hieran nach den USA (30%) und Russland (24%) mit 9% den größten Anteil. Asien hat sich zum größten Absatzmarkt entwickelt. Hauptempfänger deutscher Rüstungsgüter waren 2011 Griechenland (13%), Südkorea (10%) und Südafrika (8%).

In der Diskussion versuchte Dominic Kloos eine kapitalismuskritische Position zum Thema Rüstungsexporte einzubringen, indem er die Rüstungsexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer als eine Strategie zur Erweiterung von Märkten deutete. Zugleich stellte er einen Zusammenhang zwischen Rüstungsexporten und der Abwehr von Flüchtlingsströmen sowie der Sicherung der Rohstoffwege her. Seine Position wurde jedoch von den anderen Podiumsteilnehmern nicht aufgegriffen, stattdessen entbrannte insbesondere zwischen Braunbehrens und Schmitthenner eine Diskussion, ob die Produktion von Rüstungsgütern für sogenannte „Friedensmissionen“ notwendig sei und ob die Militäreinsätze im ehemaligen Jugoslawien und Afghanistan als erfolgreich zu werten sind oder nicht. Zudem wurden verschiedene realpolitische Ansätze zur Beschränkung und Kontrolle der Rüstungsexporte diskutiert, beispielsweise eine gemeinsame Außen- und Rüstungspolitik der EU oder eine strengere und transparentere Kontrolle der deutschen Rüstungsexporte durch das Parlament. Schmitthenner forderte stärkere Überlegungen, wie Konversion von Rüstungsbetrieben gestaltet werden könnte, ohne die Arbeitsplätze zu vernichten (in Deutschland arbeiten ca. 80.000 Menschen in diesem Bereich), und nannte als ein Beispiel die Firma Fokker in Speyer.

Insgesamt hatte man phasenweise den Eindruck, dass die meisten Podiumsteilnehmer ihre realpolitischen Visionen und Träume referierten, so dass die konkrete Realität der Folgen des Rüstungsgeschäftes in den Hintergrund trat, nämlich dass Waffen exportiert werden, die weltweit Menschenleben kosten. Dies wurde jedoch vom Publikum mehrfach deutlich in Erinnerung gerufen.

Abgeschlossen wurde die Veranstaltungsreihe mit einem Workshop zu politischem Straßentheater. Hier wurden – unter Anleitung von den zwei Schauspielerinnen Anita Bertolami und Shiva Grings aus Freiburg – Möglichkeiten erprobt, Protest und politische Aufklärung in Form von kleinen Theaterstücken in die Öffentlichkeit zu tragen. Aus dem Workshop hat sich in Trier eine Gruppe entwickelt, die in den letzten Wochen bereits einige kleine Stücke in der Stadt aufgeführt hat, wenn auch nicht direkt zum Thema der Aktionswoche (vgl. <http://strassentheater-trier.overblog.com>).

Insgesamt war es eine spannende und abwechslungsreiche Vortrags- und Aktionswoche, die das Anliegen der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Krieg in die Öffentlichkeit zu tragen. Aus dem Workshop hat sich in Trier eine Gruppe entwickelt, die in den letzten Wochen bereits einige kleine Stücke in der Stadt aufgeführt hat, wenn auch nicht direkt zum Thema der Aktionswoche (vgl. <http://strassentheater-trier.overblog.com>). Michael Koob

Militarisierung

Im Folgenden werden zum Stichwort Militarisierung, dass von Egbert Wisser im Grußwort aufgegriffen wird noch drei Hinweise, darunter die unselige Traditionspflege der Bundeswehr, zur Ergänzung herangezogen.

Waffen sind zum Töten da

Michel Schrom schrieb dazu in Christ in der Gegenwart einen Artikel, den er wie folgt einleitet: „Jahr für Jahr werden mehr deutsche Waffen exportiert. Doch die Welt wird dadurch nicht sicherer. Im Gegenteil. Leidtragende sind oft die Zivilisten.“ Er führt unter anderem aus: Als Indiz für eine veränderte Außenpolitik gilt ein Zitat von Angela Merkel auf einer Bundeswehrtagung in Strausberg: „Es liegt in unserem Interesse, davon bin ich überzeugt, wenn wir Partner dazu befähigen, sich für die Bewahrung oder Wiederherstellung von Sicherheit und Frieden in ihren Regionen wirksam einzusetzen.“ Die anwesenden Offiziere, so der „Spiegel“, verstanden sofort, was damit gemeint war: eine Aufweichung der bisher ohnehin nicht allzu streng ausgelegten Beschränkungen bei der Waffenausfuhr.“ Von einer Tagung vom „Haus am Dom“ in Frankfurt/ Main in Zusammenarbeit mit „Pax Christi“ und dem „Zentrum Ökumene“ der evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, das diese Thematik zu einer spannenden Tagung aufbereitet und Waffenlobbyisten, Friedensaktivisten, Menschenrechtler und Politiker aller Parteien

eingeladen hatte, berichtet er: „Georg Wilhelm Adamowitsch, ein ehemaliger Staatssekretär, der heute sein Geld als Hauptgeschäftsführer der „Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ verdient, verstand die ganze Aufregung nicht. In seinem Auftaktreferat verteidigte er die geltenden Regelungen. Der eigentliche Skandal bestehe doch nicht in der Voranfrage der Saudis, sondern dass vertrauliche Informationen aus dem Bundessicherheitsrat an die Presse gegangen seien. Alle heiklen Waffenexporte - darunter zählen Lieferungen in Länder, die weder der Nato noch der EU angehören - müssen von diesem Gremium beschlossen werden. Selbst das demokratisch legitimierte Parlament bleibt außen vor. Dass eine Voranfrage geheim und diskret beantwortet wird, sei kluge Staatsraison, meint Adamowitsch. Sie diene dazu, das anfragende Land bei einem abschlägigen Bescheid nicht öffentlich zu brüskieren, und habe nichts mit Geheimniskrämerei zu tun. Schließlich könne man ja im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung ein Jahr später nachlesen, welche Genehmigungen erteilt wurden.

Und „Auf seiner Homepage wirbt der Interessenverband „deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ damit, die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des deutschen Technologie- und Industriestandorts auszubauen, und wünscht sich „beim Export Unterstützung durch die Politik und die Begleitung der Industrie durch die Amtsseite“.

Dieser Widerspruch(*zwischen Kriegswaffenkontrollgesetz und Außenwirtschaftsgesetz*) führt dazu, so Moltmann(*Mitarbeiter bei den Rüstungskontrollberichten der Kirchen*), dass die deutsche Rüstungsexportpolitik zwischen „Kriegswaffen“ und „sonstigen Rüstungsgütern“ unterscheidet. „Kriegswaffen“ dürfen grundsätzlich nicht nach außen verkauft werden. Mit Rüstungsgütern darf man dagegen prinzipiell handeln, allerdings nur unter Aufsicht und mit Genehmigung der Regierung. Die Grenzen verlaufen in Wirklichkeit fließend.

Willkommen im Krieg

Das deutsche öffentlich-rechtliche Fernsehen beteiligt sich erneut an der Lancierung von Kriegspropaganda. Der Spielfilm „Auslandseinsatz“ des Westdeutschen Rundfunks (WDR) soll den Produzenten zufolge das „subjektive Empfinden“ der in Afghanistan „Wiederaufbauarbeit“ leistenden Bundeswehrsoldaten „in den Mittelpunkt“ der Betrachtung rücken. Bevor die ARD den Streifen in der kommenden Woche zur besten Sendezeit ausstrahlt, wird er am heutigen Donnerstag auf der Frankfurter Buchmesse einem internationalen Publikum präsentiert. Staatliche Stellen haben „Auslandseinsatz“ mit mehr als einer halben Million Euro gesponsert; Unterstützung erfuhren die Filmemacher zudem von den „Presseoffizieren“ der deutschen Streitkräfte. In der Öffentlichkeit hingegen stieß das öffentlich-rechtliche Propagandawerk bereits auf deutliches Missfallen: Eine sogenannte Preview des Films konnte nur unter Protesten stattfinden.

Dafür, dass auch „Auslandseinsatz“ als der deutschen Kriegspropaganda

dienlich erachtet wird, spricht die umfangreiche Unterstützung der Produktion durch staatliche Stellen. Die Film- und Medienstiftung Nordrhein-Westfalen finanzierte die Herstellung des Streifens mit 400.000 Euro; weitere 100.000 Euro kamen von der Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, schließlich stellte aus seinem Etat 30.000 Euro für die Anfertigung des Drehbuchs zur Verfügung. Wie die Produzentin und Drehbuchautorin Nikola Bock erklärt, hätten Presseoffiziere der deutschen Streitkräfte es ihr ermöglicht, mit "vielen Bundeswehrsoldaten" zu sprechen und Interviews über deren Erfahrungen am Hindukusch zu führen. Regisseur Endemann gibt zudem an, "einer Ausbildung beigewohnt" zu haben, "im Rahmen derer die Soldaten, die tatsächlich nach Afghanistan gehen, konkret für diesen Auslandseinsatz vorbereitet wurden".

Quelle: [German Foreign Policy](#)

Bundeswehr und Wehrmacht

„Welche unselige Rolle die Wehrmacht im Alltag der Bundeswehr aber noch spielt – zeigen diese internen Handbücher, die uns zugespielt wurden. Sie werden ganz offiziell von Ausbildern der Bundeswehr seit vielen Jahren benutzt. Einsatznah ausbilden und üben und schießen, so die Titel der Handbücher.

In ihnen lebt Hitlers Wehrmacht auf jeder Seite wieder auf. Hunderte Wehrmachts-Kriegsgeschichten werden hier dem Bundeswehrsoldaten vorgesetzt - die ihn bei der Ausbildung in „Kampf –Stimmung“ bringen sollen.“ Wolfgang Gessenharter war Dozent an der Bundeswehruniversität in Hamburg. Dass die Bundeswehr heute so ein Ausbildungsmaterial einsetzt, konnte er sich nicht vorstellen. Gessenharter: *„Also, wenn ich mir die Verantwortlichen für diese Machwerke ansehe, dann kann ich nur sagen, entweder ist es wirklich fahrlässig und ignorant, was da geschieht, oder es ist das bewusste Unterlaufen des Gesetzesauftrages, nämlich eine Ausbildung zu betreiben, die eben nach den Prinzipien unserer Demokratie funktionieren muss.“* Verantwortlich dafür: das Heeresamt der Bundeswehr. Dort sieht man das Problem mit den Handbüchern nicht. Der General für die Ausbildung weist den Vorwurf zurück, dass die Wehrmacht ein Vorbild für die Bundeswehr sei. General Walter Spindler: *„Gleichwohl gibt es militäri-sche Grundweisheiten, die Einzelschützen, die Führer von Verbänden zu verinnerlichen haben. Und militärische Grundweisheiten existierten auch während der 12 Jahre eines totalitären Regimes.“*

„Im Ehrenhain spielt ein Veteran ein besonderes Lied für seine Kame-raden, während Bundeswehrsoldaten daneben stramm stehen müssen. Mann: *„Das ist das Treuelied der Waffen SS.“* „Wie kann so etwas im Jahr 2012 in einer Kaserne der Bundeswehr noch möglich sein? Winfried Nachtwei ist sprachlos, als wir ihm die Bilder zeigen. Er war lange im Verteidigungsausschuss des Bundestages und hat sich immer gegen solche Umtriebe engagiert. Nachtwei (Bü90/ Grüne): *„Hier entsteht der Eindruck, als*

seien Bundeswehrangehörige und Wehrmachtssoldaten gemeinsame Kameraden, als wäre eine ungebrochene Tradition zwischen Wehrmacht, Krieg gegen die europäischen Nachbarn, und Bundeswehr heute – und das geht absolut nicht.“

Das Verteidigungsministerium schreitet seit Jahren nicht dagegen ein. Dabei verkündet Minister de Maiziere öffentlich immer einen hohen Anspruch. de Maizière (CDU), 14.10.2011: *„Wir brauchen Erziehung zur Tradition. Und Traditionspflege, das heißt für mich: die ganze Geschichte im Blick haben und das Gute sich zum Vorbild nehmen.“*

Zitate aus Kontraste

20. Jahre ökumenischen Netzes Rhein-Mosel- Saar

Das ökumenische Netzwerk hat zu seinem Jubiläum mit der Herausgabe der Broschüre „An die Wurzel gehen“ eine erstaunliche Zwischenbilanz gezogen und einen erstaunlichen Rückblick auf seine Arbeit gegeben. Wir wollen in diesem Rundbrief dieses Engagement würdigen und vor die Kooperation danken, indem wir unseren Gruß an das Netz und einen Artikel aus der Festzeitschrift in diesem Rundbrief veröffentlichen. Gleichzeitig geben wir den Hinweis, dass die Broschüre beim Netz in der Druck- und Internetausgabe erhältlich ist.

Liebe Geburtstagskinder, liebe Netzwerker,

der Vorstand der Bistumsstelle Trier gratuliert den Netzwerkern des ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar zum 20. Geburtstag ganz herzlich.

Vor 20 Jahren haben wir uns - als pax christi –Gruppen- häufig in unseren Anliegen und Intensionen allein erlebt; uns fehlten solidarische Mitstreiter und Kooperationspartner, damit die Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung öffentlich werden konnten.

Kontakte zu evangelischen Gruppen und Organisationen waren nur selten vorhanden. Der Wunsch, uns mit den diesen Mitchristen zu vernetzen war zwar vorhanden, jedoch konnten wir vor 20 Jahren diese Ressourcen nicht nutzen. Fragen der Ökonomie und einer gerechten wirtschaftlichen Ordnung hatten zwar bei uns schon einen Platz in dem „Wirtschaftsseminaren“ gefunden, es fehlte diesen Seminaren aber an Nachhaltigkeit und Breitenwirkung.

Mit der Gründung des ökumenischen Netzes Rhein-Mosel- Saar wurden alle diese Fragen in einen größeren Zusammenhang gestellt; dies kann sicher an der Diskussion „Das Ganze verändern“ am ehesten verdeutlicht werden. In den Aktivitäten des Netzes lernten wir genauer hinzuschauen, den

theoriefeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft stellt sich eine offensive Debatte entgegen. Der politisch propagierten Alternativlosigkeit konnte das Netz „eine andere Welt ist möglich“ kontrastierend vorhalten. Mit den Reflexionen biblischer Traditionen wurden zusätzliche Schätze und Ressourcen sichtbar, die den theoretischen Debatten ein zentrales Fundament gaben.

Grenzen zwischen den Konfessionen sind abgebaut und verschwunden, Solidarität mit den Opfern lokaler oder globaler Provenienz wurde in vielen Aktionen sichtbar; die Netzwerker haben manche Verwerfungen öffentlich gemacht.

Wir gratulieren dem Netz für die qualifizierte und engagierte Arbeit. Wir haben in den vergangenen 20 Jahren vielfach Solidarität erfahren, den Blick auf das Ganze richten gelernt, konnten den eigenen Horizont erweitern und fühlten uns durch das ökumenische Netz eingebunden, in dem Glauben an eine andere und bessere Welt,

Herzliche Gratulation und herzlichen Dank.

Für die weitere Arbeit die ganze Fülle des göttlichen Segens

Egbert Wisser-Sprecher-

„Ich gehe, um einen Platz für euch vorzubereiten?“ (Joh 14,2)

Reflexionen zum Platz der Kirche in der Krise des Kapitalismus

Bleiben oder Gehen?

Gehen wir ruhig einmal davon aus, dass es bei dem Platz, den Jesus für seine Jüngerinnen und Jünger vorbereiten will, nicht um einen Platz ‚im Jenseits‘ geht. Das ginge an der Problematik der Johannesgemeinde vorbei. Sie fragt nach einer irdischen ‚Bleibe‘; denn sie weiß nicht, wo sie angesichts der Verfolgung durch das römische Imperium und des Ausschlusses der Anhänger des Messias aus der Gemeinde der Synagoge ‚bleiben‘ soll. Vor allem aber: Die messianischen Hoffnungen auf eine neue Zeit, die sie mit dem Messias Jesus verbunden hatten, scheinen widerlegt. Statt der messianischen Welt kommt die Katastrophe des Krieges der Römer gegen die Juden mit dem Sieg Roms und der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 n. Chr. Messianismus als Ausdruck von Hoffnungen, die sich mit der Welt, wie sie ist, mit der scheinbar verewigten Herrschaft Roms nicht abfinden, erscheinen gefährlich. Im Kampf um das Überleben der jüdischen Tradition sucht das rabbinische Judentum den ‚Frieden‘ mit Rom und grenzt Messianer aus. Diese verlieren den Schutz durch den Synagogenverband und sind schutzlos ihren Verfolgern ausgeliefert. Wo sollen sie also ‚bleiben‘? In der Frage Jesu an Petrus: „Wollt auch ihr weggehen?“ (Joh 6,67) kommt die zentrale Problematik der Gemeinde zum Ausdruck: Bleiben oder Gehen,

Standhalten oder Aufgeben?

Der Messias geht weg...

In der Erzählung des Johannesevangeliums kündigt der Messias seinen Abschied an. Er bereitet die Gemeinde auf ein Leben ohne Messias vor. Schutz- und hoffnungslos, ohne ‚Bleibe‘ scheint sie der ‚Welt‘, d.h. bei Johannes der Weltordnung des römischen Imperiums ausgeliefert. Dagegen setzt der Messias seinen Weg zum Vater. Er geht weg, aber er geht, so heißt es in seiner Abschiedsrede - „um einen Platz für euch vorzubereiten“ (Joh 14,2). Thomas spricht das Problem der Gemeinde aus: Er weiß nicht, was das zu bedeuten hat, wohin der Weg des Messias führt. Und so kann er auch nicht diesen Weg kennen.

Wohin der Weg des Messias führt, wird Johannes noch erzählen. Er führt ihn an das Kreuz der Römer. An ihm stirbt er mit dem Wort: „Es ist vollbracht.“ (Joh 19,29). Genauer wäre zu übersetzen: Es ist vollendet. Vollendet, am Ziel ist der Weg des Messias. Johannes hat ihn als Weg der Solidarität mit den Seinen im messianischen Widerstand gegen die Macht und die Herrschaftsansprüche des Imperiums erzählt. Genau darin ist der Messias ‚eins‘, solidarisch, mit dem Gott Israels, der aus Unterdrückung und Gewalt befreit, dessen Name verspricht, auch in Zukunft als Retter und Befreier zu ‚geschehen‘ (Ex 3). Dann aber kommt im Tod des Messias die Solidarität des Messias mit den Seinen und mit Israels Gott zum Ziel. Und so neigte er „das Haupt und gab seinen Geist auf“ (Joh 19,30). Und auch hier macht eine wörtlichere Übersetzung deutlicher, um was es geht: Er ‚übergab seinen Geist‘. In der Stunde, in der der Geist der Solidarität mit den Seinen und Israels Gott zum Ziel kommt, kann er den Geist ‚übergeben‘, der in seinem widerständigen Leben ‚geschehen‘ ist und so wirksam wurde.

Deshalb ist für Johannes die ‚Stunde‘, in der der Messias am Kreuz Roms hingerichtet wird, zugleich die ‚Stunde‘ der Verherrlichung des Gottesnamens (Joh 12,28). Durch seine solidarische Treue verherrlicht der Messias den Vater. Auch angesichts der drohenden Vernichtung ist er im und beim Vater, bei Israels Gott der Befreiung, ‚geblieben‘. In ihm ist der Weg, die Wahrheit des Gottes Israels und das Leben, das er vor allem für die Versklavten verspricht, lebendig. Und umgekehrt: Israels Gott ist bei seinem Messias ‚geblieben‘. Er hat ihm die Treue gehalten und ihn ‚verherrlicht‘. Auch in seinem Tod ist er ‚geschehen‘; denn er hat ihn auferweckt. Damit hat er dem Messias ‚Recht‘ gegeben und das Imperium ins Unrecht gesetzt. In diesem ‚Geschehen‘ sieht Johannes das ‚Gericht‘ über die Weltordnung: „Jetzt wird Gericht gehalten über diese Welt(ordnung)“ (Joh 12,31). Dann aber können diejenigen, die von der Weltordnung verfolgt sind, Mut fassen; denn es gilt: „Ich habe die Welt(ordnung) besiegt.“ (Joh 16,33).

Es ist kein Zufall, dass in dem Wort Verherrlichung das Wort ‚Herr‘ steckt, geht es doch bei der Frage der Verherrlichung darum, wer der ‚Herr‘ ist: der Kaiser oder der von ihm gekreuzigte Messias. Die unterschiedlichen Arten

der ‚Verherrlichung‘ kommen in unterschiedlichen ‚Kulten‘ zum Ausdruck. Im Kaiserkult werden der Kaiser und sein Imperium, in der messianischen Praxis und Liturgie wird der gekreuzigte Messias ‚verHERRlicht‘. ‚Aut Caesar aut Christus‘, entweder der Kaiser oder der Messias, vor diese Alternative sieht Johannes seine Gemeinde gestellt.

Die positive Antwort gibt ausgerechnet der zweifelnde Skeptiker Thomas. Nachdem er den Auferstandenen an seinen Wunden und damit den Auferstandenen als den Gekreuzigten erkannt hat (Joh 20,24ff), erkennt er auch seinen Weg. Jesu Hinrichtung am Kreuz der Römer, ist Ausdruck seiner Solidarität und Treue bis ‚zum Letzten‘, ist der Weg zum Leben. Nicht der Kaiser – als Personifizierung des Imperiums – sondern dieses Opfer imperialer Macht ist ‚Herr und Gott‘ (Joh 20,28) der messianischen Gemeinde.

Und wo ‚bleibt‘ die messianische Gemeinde?

Auf seinem Weg ans Kreuz der Römer hat der Messias seiner Gemeinde einen Platz bereitet, an dem sie im und gegen das Imperium ‚bleiben‘ kann? Es ist die ‚Bleibe‘ in der Solidarität des Messias mit denen, die unter der Herrschaft des Imperiums leiden und darin mit seinem Gott. Es ist die ‚Bleibe‘ Gottes bei seinem Messias, die sich in der Auferweckung des Gekreuzigten ‚geschieht‘. Für diejenigen, die auch angesichts von Gefahr und drohender Vernichtung bei Gott und seinem Messias ‚bleiben‘, heißt das Gebot der Stunde, das „neue Gebot“: „Wie ich euch geliebt hab, so sollt auch ihr einander lieben.“ (Joh 13,34, ähnlich 15,16). ‚Lieben‘ – wie meist übersetzt wird – klingt nett und unverbindlich. Dem Wortlaut und dem Kontext gemäß wäre ‚Liebe‘ (gr. agape) besser mit ‚Solidarität‘ zu übersetzen. Dann wird deutlich: Eine ‚Bleibe‘ hat die Gemeinde, wenn sie untereinander so solidarisch ‚bleibt‘, wie der Messias Jesus sein Leben vollendet und darin seinen Geist dem Vater ‚übergeben‘ hat.

Dieser Geist ist es, den der Auferstandene, der durch seine Verwundungen durch die Macht des Imperiums gezeichnet bleibt, seiner Gemeinde übergibt: „Empfangt den Heiligen Geist!“ (Joh 20,22). In diesem Geist können sie beim Messias und seinem Vater ‚bleiben‘ und sich in die Weltordnung senden lassen, wie der Vater den Messias in die Weltordnung gesandt hatte (Joh 20,21).

Das wäre die ‚Platzanweisung‘ oder besser die Bereitung des Platzes für die messianische Gemeinde: in, aber nicht unter der Weltordnung, d.h. in der Weltordnung im Widerstand gegen die Weltordnung...

Ein weites Feld für Reflexion und Praxis der Kirchen

Würden die Kirchen solcher ‚Platzanweisung‘ folgen, täte sich ein weites Feld des Nachdenkens und praktischer Veränderungen auf. Es ginge um nicht weniger als einen Ortswechsel. Bereits zur Jahrtausendwende hatte Carl Amery einen kirchlichen Kleiderwechsel gefordert. Die Kirche müsse die

Kleiderordnung des römischen Imperiums ablegen und sich von der Reichsreligion des Imperiums verabschieden. Die aktuelle Herausforderung sah Amery im kirchlichen Abschied von der ‚Reichsreligion des Totalen Marktes‘¹. Vor dem Hintergrund unserer Analysen müssten wir sagen: Es geht um den Abschied von einem System, das alles Leben dem abstrakten und irrationalen Selbstzweck der Verwertung des Werts unterwirft, und das abspaltet, was der Reproduktion des Lebens dient.

Zu welchen Zerstörungen dies führt, zeigt sich in den alltäglichen Krisenerscheinungen des Kapitalismus – von den Überlebenskrisen in der Zweidrittelwelt, den an den Grenzen abgewehrten und im Mittelmeer ertrinkenden Flüchtlingen, über die ökologischen Krisen bis hin zu den bekannten Staats-, Verschuldungs- und Finanzkrisen. Die Krise des Kapitalismus, die sich vor unseren Augen immer schärfer ausagiert, treibt Menschen in einen gnadenlosen Kampf um Selbstbehauptung in der Konkurrenz, letztlich in einen Kampf aller gegen alle um die schwindenden Verwertungsmöglichkeiten der Arbeitskraft. Menschen stehen unter dem Druck, sich permanent selbst zu verwerten oder als Nicht-Verwertbare ausgegrenzt und dennoch unter der Herrschaft der Arbeit eingeschlossen zu sein. Barbarische Strategien der Krisenbewältigung drohen bzw. sind in einigen Zerfallsregionen des Globus bereits Wirklichkeit geworden. Unter dem Diktat der Verwertung drohen alle Inhalte – auch der Mensch und seine Welt – zu abstrakten Quantitäten der Verwertung zu werden. Genau dies macht den Verwertungsprozess inhaltsleer und verbindet ihn mit einem doppelten Gewaltpotential: Er zielt auf die Vernichtung des anderen zwecks Selbstbehauptung um jeden Preis und letztlich auf die Selbstvernichtung zwecks Exekution der eigenen inhaltsleeren Existenz.

Der Platz der Kirche wäre in der Nähe derer, die in der Krise umkommen und an der Krise scheitern. Aus der Erfahrung dessen, was Menschen zu erleiden haben, müsste ein Reflexionsprozess in Gang kommen. Das, was Menschen erleiden, müsste einer Kirche ‚zu denken geben‘, die ihren Platz an der Seite eines gekreuzigten Messias hat.

Ein vermeintlich sicherer Platz im Kapitalismus

Weit davon entfernt, sich an solche Orte zu begeben, scheinen die Kirchen vor allem mit der Sorge um ihr eigenes ‚Überleben‘ beschäftigt. Statt Wechsel der Kleiderordnung suchen sie einen sicheren Platz genau in dem System, das Menschen und den Globus in den Ruin treibt. Die Sozialethik wird den Notwendigkeiten kapitalistischer Krisenverwaltung angepasst. Jenseits der Erkenntnis zusehends schwindender Handlungsspielräume soll nach der EKD-Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“²

1 Carl Amery, Global Exit. Die Kirchen und der Totale Markt, München 2002.

2 Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive. Eine Denkschrift des Rates

die private Ethik des „Ehrbaren Unternehmers“ einen Ausweg aus der Krise weisen. Das „Soziale neu denken“³ aus der katholischen Kirche definiert – ganz in der Logik des neoliberalen Zeitgeistes – den Sozialstaat als Problem und singt das Loblied der Eigenverantwortung. Nach dem Text „Chancengerechte Gesellschaft“⁴ sollen Katholiken gar Freiheit, Fortschritt und Reformen entdecken. Natürlich geht es um die ‚Freiheit‘, die in Gestalt von Bildung als Training in Flexibilität und Mobilität angebotenen Chancen zu nutzen. Reform und Fortschritt ist die Verabschiedung von der Verteilungsgerechtigkeit und dem Versprechen von ‚Wohlstand für alle‘. Wenn der Kapitalismus das nicht mehr hergibt, müssen wir darauf verzichten und uns - frei und reformfreudig - den Rahmenbedingungen der Krise anpassen. Dafür, dass Menschen immer wieder an der frei zu leistenden Anpassung scheitern, stehen eine „Kultur des Scheiterns“ und Kirchen mit ihren Kompetenzen bereit. Denn: „Gerade der christliche Glaube weiß um die Vielfalt menschlichen Versagens, aber ebenso um die immer wieder gegebene Möglichkeit des Neubeginns.“⁵ Wenn damit auf die Botschaft von Kreuz und Auferstehung angespielt sein sollte, wäre das Kreuz mit der Erfahrung des Scheiterns und Auferstehung mit der Forderung immer wieder – und zwar eigenverantwortlich – neu aufstehen zu müssen, kurz geschlossen.

Auch die Verkündigung findet ihren Platz in marktkonformen Angeboten. Religiöse Kunden – gestresst von der immer neu zu erbringenden Anpassungsleistungen an die vermeintlichen Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes, von immer neuen eigenverantwortlich zu leistenden Aufgaben, von immer neuem Krisenbewältigungen – suchen nach Entlastung und Entspannung. Sie sind zu haben in diversen religiösen Wellness-, Event und Erlebnisangeboten. Kulturindustriell produzierte und warenförmig angebotene ‚Religion‘ reduziert sich selbst auf gesellschaftlich-ökonomische Funktionalität. Solche Angebote bedienen die Illusion ich-zen-trierter

der Evangelischen Kirche in Deutschland, München 2/2008. Kommentar hierzu: Ökumenisches Netz: Eine parteiliche Stellungnahme des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar e.V. im ökumenischen Globalisierungsdiskurs, 2009, http://www.oekumenisches-netz.de/OekuNetz_zu_EKD_Denkschrift_Unternehmer.pdf.

3 Die deutschen Bischöfe, Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik, Bonn 2003. Kommentar hierzu: Herbert Böttcher: Katholische Bischöfe auf Reformkurs. Das ‚Soziale‘ wird neu gedacht und der neoliberale Kapitalismus erhält den Segen. Ein Kirchenpapier mit gewünschter Eindeutigkeit, in: Netz-Telegramm 1/2004, 5-6, <http://www.oekumenisches-netz.de/netztelegramm.html>.

4 Die deutschen Bischöfe. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung, Bonn 2011. Kommentar hierzu: Herbert Böttcher: Chancengerechte Gesellschaft. Eine der Krise des Kapitalismus angepasste Katholische Soziallehre, in: Netz-Telegramm 2/2011, 3-4, <http://www.oekumenisches-netz.de/NT11-02.pdf>.

5 Ebd., 23.

Unmittelbarkeit in der Erfahrung von Entlastungen, verbergen aber konsequent die gesellschaftliche Vermittlung dessen, an dem Menschen leiden. Gefragt wird nicht nach Inhalten bzw. Wahrheiten, sondern nach Funktionalitäten. Wichtig ist nicht, ob das was angeboten ‚wahr‘ ist, sondern ob das Angebot dem nachfragenden Kunden ‚etwas bringt‘. Die Frage nach dem Wahrheitsgehalt einer religiösen Aussage oder Ausdrucksform ist durch die Frage nach ihrer Erfahrungs- und Erlebnisintensität ersetzt. Religiöse Angebote, die so ‚funktionieren‘ müssen konsequent reflexions- und theorie/theologiefeindlich sein; denn kritische Reflexion würde die gesellschaftliche Vermittlung solcher ‚Religion‘ erkennbar und das vermeintliche unmittelbare Erleben als illusionäre Mythologie erkennbar machen.

Ist das der Platz, den der Messias seiner Kirche bereitet hat?

Dem Messias Jesus ging es um die Trennung von Ägypten bzw. von Rom, um Befreiung aus dem Sklavenhaus, nicht um etwas Entlastung im Sklavenhaus. Er war so solidarisch mit denen, die unter versklavender Herrschaft zu leiden hatten, dass er sich nicht mit etwas ‚Entlastung‘ zufrieden geben konnte. Weil er die Menschen in ihrem Leiden ernst nahm, statt sie nur zu beschwichtigen, ging er den Weg in die Konfrontation mit Herrschaft und Macht. Seelsorge, die Menschen in ihrer verzweifelten Suche nach Entlastung ernst nimmt, muss nach dem fragen, woran Menschen leiden und was sie nach ‚Entlastung‘ schreien lässt. Kirchen, die darauf verzichten, dienen nicht den Menschen, sondern ihrer eigenen Selbstbehauptung auf den religiös-esoterischen Märkten.

Dabei machen die Kirchen den ebenso lächerlichen wie verzweifelten Versuch mit der Wellness- und Eventindustrie eines Kapitalismus zu konkurrieren, der selbst zur Religion wird. Wenn der Kapitalismus zur Religion wird, verschmelzen in ihm Transzendenz und Immanenz. Transzendenz kann nicht instrumentell ‚produziert‘ und gleichsam als ‚Ware‘ für auf den Märkten der Esoterik nachfragenden Kunden angeboten werden.

Der Gott, bei dem der Messias Jesus ‚bleibt‘ und der bei ihm ‚bleibt‘, tagt nicht für den kleinen religiösen Hunger zwischendurch. Mit Gott und seinem Messias lassen sich nicht leichte und seichte Glücksangebote produzieren. Auf ihnen lastet eine Menschheit, die nach Befreiung aus dem Sklavenhaus schreit. Gottes geheimnisvoller Name – Ich werde ‚geschehen‘ als Retter und Befreier – enthält nicht weniger als die Verheißung, mitzugehen auf Wegen der Befreiung. Diese Wege markieren Trennungen von den Sklavenhäusern Ägyptens, Babylons, Griechenlands, Roms und auch von der heutigen durch die Verwertungszwänge des Kapitals konstituierten Herrschaft, unter der wir leiden.

Nur in der Differenz zwischen der Welt, wie sie ist, können die Kirchen bei Gott und seinem Messias ‚bleiben‘. Wenn im Kapitalismus Transzendenz und Immanenz verschmelzen, dann wird letztlich der Kapitalismus nicht zur

Religion, sondern markiert das „Ende der Religion“. Kirchen, die auf kapitalismuskonforme soziale und religiöse Strategien der Selbstbehauptung setzen, bereiten letztlich ihrem eigenen Ende den Weg.

Der Platz, den der Messias bereitet...

Da wäre es klüger und zugleich wahrhaftiger, bei dem Platz zu bleiben, den der Messias seiner Kirche bereitet hat: dem Platz an der Seite derer, die gekreuzigt und verwundet werden, die nach Rettung und Befreiung Schreien. Die nicht instrumentalisierbare Transzendenz seines Gottes wird erahnbar im Überschreiten von Grenzen, von den Grenzen Ägyptens, über Rom bis hin zu dem Überschreiten der Grenzen, die eine abstrakte Herrschaft der Kapitalverwertung setzt. Im Überschreiten der immanenten Grenzen, also der Grenzen ‚im Diesseits‘, bricht die Frage nach Gerechtigkeit für die Opfer von Unrecht und Gewalt als Frage nach Transzendenz auf und damit als eine Frage, die über die immanenten Grenzen der Geschichte hinaustreibt. Angesichts des unumkehrbaren Schicksals der Opfer wird die Frage unausweichlich, ob denn das der ‚Gang der Geschichte‘ sei, dass Unterdrückung und Gewalt über das Leben so vieler und letztlich der Tod über alle triumphiert. Nur eine unverfügbare Hoffnung, die sich nicht ‚marktkonform‘ produzieren und anbieten lässt, kann so tief und so weit reichen, dass sie Möglichkeiten einer Rettung entdeckt, die Grenzen geschichtlicher Herrschaft, aber auch die Grenzen von Natur, von Raum und Zeit überwindet.

Der Platz, den der von Gott auferweckte Gekreuzigte seiner Kirche bereitet und angewiesen hat, verhindert, dass das, was die Kirche ausmacht - die entschiedene Solidarität mit den Opfern der Herrschaft, die Treue zum Mysterium Gottes und seinem Messias, die daraus erwachsende Widerstandskraft und die Größe der Hoffnung - in blindem Konformismus und religiöser Banalität erstickt werden. Was also erfolgreiche Selbstbehauptung in der religiösen Konkurrenz erscheint, wäre daran gemessen Selbstentleerung und Selbstaufgabe.

Was wir an den Kirchen haben...

Bei aller Kritik am Anpassungskurs der Kirchen wissen wir im Netz durchaus, was wir an den Kirchen ‚haben‘. Ohne sie hätten wir keine Ahnung von Gott und seinem Messias. Wir verdanken ihnen die ‚Übergabe‘ der ‚Großen Erzählung‘ von der Befreiung, voll Widerstandskraft und Hoffnung. Ohne die Kirchen würde ein Platz fehlen, an dem diese Erinnerung – trotz und in aller Widersprüchlichkeit - lebendig ist. Es würde ein Raum fehlen, an dem wir uns unterbrechen lassen können von der unsere Gesellschaft beherrschenden Logik der Verwertung, wo wenigstens noch eine Ahnung davon spürbar ist, dass Menschen nicht zu ‚verwerten‘ sind. Für eine solche Ahnung stehen Worte wie Gnade und Barmherzigkeit, Nächstenliebe und Gerechtigkeit, Recht auf Leben und Anerkennung für alle Menschengeschwister... - selbst dann, wenn sie sich nicht mit kritischer Reflexion verbinden. Mit ihrer Tradition schaffen die Kirchen eine Verbindung zu den Menschen, die vor uns

gelebt haben, zu ihren Schreien, zu ihren unerfüllten Sehnsüchten und Hoffnungen, zu ihren Gebeten und Liedern, zu einer Geschichte, in der niemand allein ist und die Toten nicht aus dem Gedächtnis verbannt sind. In ihr ist die Hoffnung lebendig, dass auch für die Toten das ‚letzte Wort‘ noch nicht gesprochen ist. Wo ernsthaft von Gott und seinem Reich gesprochen und die Sehnsucht danach wach gehalten wird, wird die Geschichte offen gehalten und ein Horizont eröffnet, der erahnen lässt, dass Menschen dem Zugriff von Macht und ihrer Instrumentalisierung entzogen sind. Dies ist ein Ort, an dem unterschieden werden kann zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte.

Die Kirchen sind auf dem Weg, sich der Logik des Kapitalismus anzupassen, aber sie gehen nicht darin auf. Genau dies verhindert das Evangelium, das sie überliefern und von dem sie nicht lassen können. Damit überliefern sie das Pulverfass einer Kritik, die sie selbst in Frage stellt und herausfordert, und zugleich die Wurzel und den Horizont einer Hoffnung, die widerständig und rebellisch macht, die dazu ermutigt, mit der Auferweckung des Gekreuzigten Messias als Zeichen für Gottes Aufstand für das Leben und gegen die Vernichtungsdynamik des Kapitalismus aufzustehen.

Heribert Böttcher

Delegiertenversammlung vom 26.10. bis 28.10.2012 in Fulda

Die Obsttüttenaktion der Nahostkommission von pax christi hat uns in Trier mehrfach beschäftigt. Nach Diskussionen im Vorstand und auf der Mitgliederversammlung wurde mehrheitlich ein Antrag an die Delegiertenversammlung gestellt, die Aktion zu beenden. Im Folgenden wird unser Antrag und die Begründung – ein vorheriges Schreiben zur Obsttüttenaktion an die Sektion – veröffentlicht. Die persönlichen Eindrücke von Egbert Wisser über den Ablauf der Versammlung, auf der unser Antrag abgelehnt wurde, ergänzen diesen konkreten Tagesordnungspunkt. (vgl. auch die entsprechende Darstellung in der pax zeit.).

Liebe Mitglieder im Präsidium, liebe Christine,

der Vorstand der Bistumsstelle Trier hat in seiner letzten Sitzung am 22.8.2012 in Trier beschlossen, folgenden Antrag an die Delegiertenversammlung 2012 in Fulda zu stellen:

Die Delegiertenversammlung 2012 möge beschließen, die von der Nahostkommission initiierte Obsttüttenaktion „Besatzung schmeckt bitter“ zu beenden und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die von der Delegiertenversammlung 2010 verabschiedete Position der doppelten Solidarität wurde aufgegeben und zwar mit einer unkritischen, einseitigen Pro – Palästina - Position. Im Fokus der Aktion steht einseitig die Besatzungspolitik Israels.
2. Hier zeigt sich ein flagranter Mangel an Sensibilität für die Leidensgeschichte des jüdischen Volkes, einer 2000- jährigen Verfolgung, Diskriminierung und Traumatisierung, die ihren Höhepunkt in der systematischen Vernichtung durch das NS-Regime erfuhr. In der Obsttützenaktion wird keinerlei Sympathie mit den Traumatisierten deutlich. Dies erfüllt uns mit Scham und Wut.
3. Vielfach haben einige Mitglieder in Diskussionen über diese Aktion rasch die barbarische Assoziation aus der NS- Zeit erinnert: „Kauft nicht bei Juden.“ Wir halten es für sehr bedenklich, wenn diese Assoziationen vom Präsidium als bedeutungslos erklärt werden.
4. Der Konsument in dem Land der Täter wird kaum die Unterscheidung treffen und klar erkennen, ob es sich um Waren aus Israel oder aus den besetzten Gebieten handelt.
5. Die internationale Boycott– Divestment– Sanctions- Kampagne ruft zu einem umfassenden Boykott gegen Israel auf, bis hin zu akademischen Boykotten. Israel wird hier als Schurkenstaat diffamiert und rassistischer Staat delegitimiert; dies wird auf der Internetseite „Palästina - Portal“ offen propagiert. Und im Koordinierungskreis Palästina – Israel ist Pax Christi Mitglied (Deutsche Sektion). Wir können nur dringend anraten, diese Mitgliedschaft rasch zu beenden.
6. Ebenfalls mit großer Scham haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass Pax Christi Beifall von der NPD erhalten hat. Ein unerträglicher Zustand.
7. Wir können vor diesen antisemitischen oder antijudaistische Tendenzen nicht die Augen verschließen und fordern daher eine sofortige Beendigung der Obsttützenaktion „Besatzung schmeckt bitter“. Die Kampagne trägt kaum zur Lösung des Nahostproblems bei und außerdem schadet dem Ansehen von Pax Christi sehr.
8. Wir sollten uns mehr auf den Beschluss zu Israel und Palästina der DV von 1989 besinnen, in dem es heißt: „ zu einer differenzierten Wahrnehmung des Konfliktes und seiner Parteien... auch in unserer Gesellschaft beizutragen.“

Koblenz, den 10.9.2012

Egbert Wisser

Anlage Stellungnahme der Bistumsstelle Trier zur Boykott- Kampagne

Stellungnahme der Bistumsstelle Trier zur Boykott-Kampagne der Nahostkommission und zur Nahostarbeit insgesamt

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde in Pax Christi,

Die Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ bestätigt unsere Befürchtungen hinsichtlich der Neupositionierung von pax christi zur Nahostarbeit. Die sog. „Fortschreibung“ der Position der doppelten Solidarität erscheint uns letztlich als ihre Aufgabe und wir warnen vor einer unkritischen, verkürzten, einseitigen und letztlich gefährlichen Pro-Palästina-Position. Im Fokus von Kritik und Aktion steht einseitig die Besatzungspolitik Israels. Die Bedrohungslage Israels sowie das israelische Bedürfnis nach Sicherheit und Selbstverteidigung sind nicht im Blick. Gewalt und Ideologie auf palästinensischer Seite werden vernachlässigt. Die allgegenwärtige ideologische Instrumentalisierung des Nahostkonflikts wird ebenso ignoriert wie die weit verbreitete antisemitische Aufgeladenheit von vermeintlicher Kritik an Israel.^[1] Hier zeigt sich für uns ein flagranter Mangel an Sensibilität für die Leidensgeschichte der Juden, die ihren Höhepunkt in der nationalsozialistischen Massenvernichtung fand. Ohne Rücksicht auf die Erfahrung von Auschwitz lässt sich für uns nicht über Israel und seine Politik sprechen. Die Bedeutung der Erfahrungen von Verfolgung, Bedrohung und Vernichtung für die Reaktion auf die aktuellen Bedrohungssituationen muss wahrgenommen werden. Daher nehmen wir die Boykott-Kampagne der Nahostkommission mit Unverständnis und vor allem mit großer Scham zur Kenntnis.

Bezogen auf die Kampagne der Nahostkommission fragen wir uns zunächst, warum sich die Nahostkommission über die Bedenken der Mehrheit der Delegierten auf der DV 2010 hinwegsetzt, die sich gegen die Aufnahme eines Warenboykotts in das Positionspapier ausgesprochen hat?

Darüber hinaus stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Legitimität und Angemessenheit von Boykottaktionen gegen Israel:

Zunächst gilt es sich der sich aufdrängenden Assoziation bewusst zu sein, die an das barbarische „Kauft-nicht-bei Juden“ der Nazis erinnert. Der Boykott jüdischer Geschäfte gehört zum Anfang der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik. Es handelte sich nicht einfach um „Boykottmaßnahmen, die Menschen Unrecht antun“ (Text zu Kampagne „Besatzung schmeckt bitter“), sondern um gewalttätige Maßnahmen eines systematischen Ausschlusses, der in der organisierten Massenvernichtung endete. Die Verantwortlichen der Kampagne fühlen sich diffamiert und sehen die Kampagne als verunglimpft an, wenn sie mit dieser Assoziation konfrontiert werden. Wir hingegen halten es für höchst problematisch, wenn diese Assoziation ausbleibt oder für bedeutungslos erachtet wird. Von dieser

historischen Last kann sich keine Boykottaktion gegen Israel einfach freisprechen – besonders dann nicht, wenn sie von Deutschland aus betrieben wird.

Des Weiteren ist folgendes zu bedenken: „Seit den Boykottaktionen gegen das südafrikanische Apartheidsregime“ hat sich der Boykott als „ultima ratio gegen ein Regime“ herausgebildet, „das in jeder, aber wirklich auch in jeder Hinsicht illegitim ist“ (Micha Brumlik). Ein Boykott aller israelischen Waren richtet sich nach Brumlik in der Konsequenz gegen den Staat Israel insgesamt. Einen gezielten Boykott, der sich zielgenau gegen in den besetzten Gebieten produzierte Waren und nicht gegen die Existenz Israels richtet, hält Brumlik für denk- und vertretbar. Einen solchen Boykott könnten wir mit viel gutem Willen vielleicht noch in der Aktion der Nahostkommission sehen, obwohl auch sie letztlich den zumindest zeitweiligen Boykott aller Waren aus Israel nahe legt. Doch es fragt sich, ob sich diese Unterscheidung praktisch durchhalten lässt. Voraussetzung dafür wäre ein hohes Problembewusstsein und eine eindeutige Abgrenzung von anderen Boykottaktionen, die sich nicht nur gegen Siedlungswaren richten, sondern kurz und bündig zum umfassenden Boykott Israels aufrufen und so Gefahr laufen, die Existenz Israels in Frage zu stellen bzw. dies ganz offen tun. Beides finden (sich) wir nicht bei der pax-christi-Kampagne. Vielmehr zeigt sich für uns eine bedenkliche und nur teilweise offen eingestandene Nähe zu umfassenden Boykottaktionen. Wir gehen davon aus, dass der Kampagnen-Text Bezug auf die internationale Boycott-Divestment-Sanctions-Kampagne nimmt, wenn davon die Rede ist, dass „Friedens- und Menschenrechtsorganisationen aus Palästina seit 2005“ dazu aufrufen, „dem IGH- Gutachten durch gewaltlose Maßnahmen Nachdruck zu verleihen“. Wenn dem so ist, warum wird dies nicht offen benannt?

Die Nähe zur BDS-Kampagne und deren Umfeld zeigen sich auch in der Bewerbung der Aktion der Nahostkommission auf den entsprechenden Internetseiten (BDS-Kampagne und Palästina-Portal). Die BDS-Kampagne und das Palästina-Portal fordern umfassende Boykotte gegen Israel – bis hin zu akademischen Boykotten. Von Differenzierungen, die Wert darauf legen, nur Waren aus völkerrechtswidrigen Siedlungen boykottieren zu wollen, ist hier keine Rede. Auf Plakaten der BDS-Kampagne heißt es kurz und bündig: „Boykottiert Israel“. Vor allem die Internetseite „Palästina-Portal“ ist von einer unerträglichen Undifferenziertheit und einer aggressiven Einseitigkeit geprägt. Die Rede vom Apartheidsstaat Israel ist allgegenwärtig. Ebenso wird Israel als „der Schurkenstaat“ diffamiert und immer wieder als rassistischer Staat delegitimiert. Kritik an den eigenen Aktionen wird mit Hinweis auf die Antisemitismuskeule reflexartig abgewehrt und mit dem Hinweis auf den Rassismus des Staates Israels pariert. Man sieht in an Verschwörungstheorien grenzenden Ausführungen die Meinungsfreiheit – auch in Deutschland – durch Machenschaften Israels gefährdet. Auf diesen Seiten wird zu unserem Erschrecken auch die pax-christi-Kampagne

beworben. Beide Homepages sind auf der Internetseite des Deutschen Koordinierungskreises Palästina Israels, in dem pax christi Deutsche Sektion Mitglied ist – eine Mitgliedschaft, die dringend aus oben genannten Gründen zu beenden wäre –, prominent verlinkt. In diesem Kontext sei auch an die unsägliche Äußerung der KoPI-Vertreterin auf der DV 2010 erinnert, die sich zu der Behauptung verstieg, bei Berichten über antisemitische Einstellungen und Gewalttaten handle es sich nur um Propaganda der israelischen Regierung. All dies ist sachlich völlig unangemessen, hoch ideologisch und gefährlich - und so sicher keiner Friedenslösung dienlich.

Angesichts der oben ausgeführten Zusammenhänge macht sich die pax-christi-Kampagne zum Teil der weltweiten Boycott-Divestment-Sanctions-Kampagne, deren umfassende Boykottaufrufe sich nicht nur auf Siedlungsprodukte beziehen, sondern auf alle Waren aus Israel und alle ökonomischen sowie kulturellen und akademischen Beziehungen. Warum findet sich nur ein verklausulierter Hinweis auf diese Kampagne im Kampagnenaufwurf der Nahostkommission? Wie bewerten Kommission und Präsidium die BDS-Kampagne und das Palästina-Portal? Welche Beziehung gibt es hier?

Auch im rechtsextremen und islamitischen Kontext finden sich Boykott-Forderungen gegen Israel, die sich auch gegen jüdische Geschäfte im Ausland richten können. So ist es z.B. in Rom geschehen, wo Neonazis jüdische Geschäfte überfielen und dabei zum Boykott Israels aufriefen.

Eine weitere kritische Anmerkung bezieht sich auf Folgendes: Die Kampagne gibt als ihr Ziel „eine Form des kritischen Konsums“ an: „Es geht uns darum, die individuelle Kaufentscheidung im Einklang mit geltenden Menschen- und Völkerrechtsstandards zu treffen.“ (Kampagnenaufwurf) Dies ist sicher ein gutes Ziel. Doch die einzigen Produkte, deren Boykott aus menschenrechtlichen Gründen gefordert wird, sind Produkte aus den illegalen Siedlungen bzw. alle Produkte made in Israel, da ja erstere für den Verbraucher nicht zu separieren sind. So wird letztlich suggeriert, dass man Menschenrechts konform konsumiert, wenn man diese Produkte boykottiert. Sind alle anderen Produkte menschenrechtlich unbedenklich? Kaffee, Kakao, Schokolade, Bananen, Blumen, Öl, Getreide – alles in Ordnung und für den an Menschenrechten interessierten Konsumenten kein Problem? Wohl kaum. Systematische Menschenrechtsverletzungen von Arbeitern und Arbeiterinnen, Landraub und Vertreibungen gehören zum Alltagsgeschäft im globalisierten Kapitalismus. Für den grundsätzlich kritischen – und nicht nur Israel kritischen – Konsumierenden könnte sich eher die Frage stellen, welche Waren er überhaupt mit moralisch reinem Gewissen kaufen kann, als die Frage, welche einzelnen Produkte er aus moralischen Gründen nicht kaufen sollte, um dann ausgerechnet israelische Waren unter dem Beifall der NPD zum Gegenstand seiner moralischen Empörung zu machen.

Trotz aller Anfragen und Hinweise aus dem Jahr 2010 werden die Zusammenhänge zwischen Israelkritik und Antisemitismus nicht kritisch

bedacht und in die Planung neuer Aktionen und Kampagnen einbezogen. Ganz im Gegenteil: Es wird eine Kampagne initiiert, die noch problematischer ist als die Gazaflotten-Beteiligung.

Pax christi wird, wie aufgezeigt, immer mehr mit antiisraelischen Positionen und Aktionen verbunden und entsprechend öffentlich wahrgenommen. Das geht soweit, dass es pax christi zusammen mit den Piusbrüdern bis in Antisemitismusberichte schafft^[2] und Unterstützer von pax christi-Aktionen Beifall von der NPD erhalten. Dies erfüllt uns mit tiefer Scham und sollte Anlass sein zu einer längst überfälligen kritisch-nachdenklichen und sich irritieren lassenden Selbstreflexion. Diese ist dringend geboten und kann nicht ersetzt werden durch die mit heftiger Empörung vorgetragene Behauptung der eigenen moralischen Unangreifbarkeit. Diese Immunisierungsstrategie verschlimmert das Problem nur noch.

Als Vorstand der Bistumsstelle Trier können wir – mehrheitlich - die Boykott-Kampagne der Nahostkommission nicht mittragen und distanzieren uns von ihr. Wir schließen uns dem Anliegen des Leitungsteams der Pax-Christi-Regionalstelle Osnabrück/Hamburg an und bitten das Präsidium, den Kampagnen-Aufruf nicht weiter zu verbreiten und die Kommission zu veranlassen, die Verbreitung zu unterlassen.

Stellungnahmen und Aktionen im Kontext des Nahostkonflikts müssen Opfer und Leid, zu kritisierende Politik und legitime Rechte und Forderungen auf beiden Seiten im Blick haben. Jede Auflösung dieser „doppelten Solidarität“ zugunsten einer einseitigen Pro-Palästina-Position gerät leicht in hoch problematisches Fahrwasser. Sie kann antiisraelisch oder sogar antisemitisch verstanden oder vereinnahmt werden und so einer Delegitimierung Israels Vorschub leisten. Die mit der aktuellen Kampagne verbundenen Probleme zeigen dies deutlich.

Wir hoffen, dass solches in Zukunft verhindert wird und es pax christi wieder mehr gelingt, „zu einer differenzierten Wahrnehmung des Konflikts und seiner Parteien ... auch in unserer Gesellschaft beizutragen“ (Beschluss zu Israel und Palästina DV 1989).

Bistumsstelle Trier am 5.7.2012

Egbert Wisser (Sprecher)

Impressionen von der Delegiertenversammlung von Pax Christi in Fulda (vom 26. bis 28.1012)

Wir - drei von sechs Delegierten aus dem Bistum Trier- reisten mit dem Zug nach Fulda und kamen im Tagungshaus gegen 18 Uhr an. Nach der Anmeldung und der Belegung eines gut möblierten Zimmer begann das offizielle Programm mit einem gemeinsamen Abendessen.

Schließlich wurde die Delegiertenversammlung vom Vizepräsidenten Hennes Schnettler eröffnet. Grußworte der gastgebenden Bistumsstelle Fulda schlossen sich an.

Eine Fülle von Tagesordnungspunkten, die hier einmal zur Illustration genannt werden sollten, wurde bis 22.30 Uhr behandelt:

1. Das geistliche Wort des Präsidenten, Bischof Angermessen
2. Die Wahl des DV- Tagungspräsidenten
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Beschluss der Tagungsordnung
5. Bericht des Präsidenten- Aussprache
6. Bericht des Präsidiums- Aussprache und Verabschiedung der scheidenden Präsidiumsmitglieder
7. Bericht der Generalsekretärin
8. Abendgebet
9. Gemütliches Beisammensein in der Tenne

Zur Aussprache und Diskussion der Berichte und der Tagungsordnungspunkte war nur wenig Zeit vorgesehen. Ich hatte schon am Freitag den Eindruck, dass der Blick immer der Uhr folgte; für inhaltliche Auseinandersetzung war nur sehr wenig Raum gewidmet. Ich fühlte mich unwohl, zerschlagen und unzufrieden. Daher verzichtete ich sowohl auf das Abendgebet als auch auf das gemütliche Beisammensein in der Tenne und ging gegen 23 Uhr zu Bett.

Der Samstag begann um 7.30 Uhr mit einer Morgenmeditation in der Kapelle des Tagungshauses mit dem Präsidenten, Bischof Algermessen. Die Teilnehmer wirkten müde und unausgeschlafen.

Vormittags erfolgten die Berichte aus der Arbeit der Kommissionen, Vertretungen und Arbeitsgruppen; die Arbeitsgruppen präsentierten sich in Form einer Agora. Hier bestand die Möglichkeit, sich konkreter über die Aktivitäten der Kommissionen zu informieren. Anschließend war für eine Aussprache und Diskussion eine halbe Zeit reserviert.

Eine Tee- oder Kaffee- Pause von einer halben Stunde beendete diesen Tagungsordnungspunkt.

Gegen 11 Uhr wurde die Vorstellung aller vorliegenden 19 Anträge vorgenommen, zwar mit kurzen Nachfragen, aber eine inhaltliche Diskussion war nicht möglich. Die Anträge aus verschiedenen Bistumsstellen beinhalteten Fragen formaler Natur (Änderung der Satzung, neues Erscheinungsbild von Pax Christi) politische Forderungen („Besatzung schmeckt bitter“, Abzug der Atombomben aus Deutschland, militärisches

Zeremoniell bei Staatsbesuchen, Ausschluss von Vertretern der Rüstungsindustrie bei Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern) und sieben Anträge der Kommissionen auf Wiedereinsetzung und somit auf Fortsetzung der Kommissionsarbeiten.

Kurz vor dem Mittagessen (12.30 Uhr) wurde der Vizepräsident, Hennes Schnettler vom Präsidenten verabschiedet.

Mit einer Unterbrechung von 45 Minuten (Mittagessen) wurde das Programm um 13.15 Uhr mit der Ausgabe der Stimmkarten und Bezahlung der Tagungsgebühren fortgesetzt: Mit der Antragsberatung in Kleingruppen. Kaffee oder Tee wurde in diesen Gruppen serviert.

Die Delegierten unseres Bistums fanden sich mit den Freunden aus der Bistumsstelle Hamburg - Osnabrück zusammen, weil die Freunde aus diesem Bistum mit zwei Anträgen die Obsttütenaktion „Besatzung schmeckt bitter“ stoppen wollten. Obwohl wir rasch eine gemeinsame Basis für die Anträge aus Trier und Osnabrück und Hamburg fanden, war jedoch sehr deutlich geworden, dass die Mehrheit der Delegierten unsere Anträge nicht unterstützen würde. Die Initiatoren dieser Aktion hatten schon am Freitagabend verdeutlicht, dass sie mit aller Macht ihr Vorhaben weiter führen möchte. Sie hatten dazu ein ehemaliges Mitglied des Zentralrates der Juden in Deutschland geschickt positioniert.

Gegen 15 Uhr wurde der Tagungsordnungspunkt „Wahlen“ aufgerufen: Zur Wahl der Vizepräsidentin, der Vizepräsidenten, der Wahl des Geistlichen Beirates und der Wahl des Präsidiums. Die Kandidaten stellten sich vor und konnten ausführlich befragt werden.

Der einzige Kandidat, unser Mitglied, Hans-Peter Rauguth, für das Amt des Geistlichen Beirates, hatte bei der Befragung seine Position zur Obsttütenaktion nochmals vertreten, die er als Vertreter des Vorstandes dem Präsidiums beim Start dieses Boykotts von Produkten aus besetzten Gebieten aus Palästina verdeutlicht hatte: „Ich schäme mich als Nachkomme des Tätervolkes für die Aktion“. Er wurde offenbar für sein Position abgestraft: Er erhielt nur 56 Ja- Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 10- Enthaltungen.

Von 17.15 Uhr bis 23 Uhr wurde der scheidende Vizepräsident, Hennes Schnettler - mit Unterbrechung des Abendessens - auf unterschiedliche Weise geehrt: Mit Überraschungsgästen, die sich zum Thema „den Frieden in die Kirche tragen“ auf dem Podium äußerten und gleichzeitig an gemeinsames Erlebtes erinnerten. Ein „Abschiedsfest“ mit musikalischen Elementen und Erinnerungen an Episoden aus seiner 18-jährigen Mitgliedschaft im Präsidium schlossen den Samstag gegen 22.30 Uhr offiziell ab. Ein Abschied, der mit seinen vielfältigen Huldigungen und Ehrungen, den Anschein eines Personenkultes hatte.

Und wiederum wurde der Sonntagmorgen um 7.30 Uhr mit einem Gottesdienst, einer Eucharistiefeier, begonnen.

Die Tagesordnung konnte mit dem Punkten:

- Einsetzung der Kommission und Wahl der Mitglieder
- Antrag eines „gemeinsames Erscheinungsbild von pax christi
- und Antrag auf Änderung der Statuen

fortgesetzt werden.

Für die 19 Anträge wurde nur eine halbe Stunde Zeit eingeräumt, d. h. es war keine Zeit für eine inhaltliche Diskussion der verschiedenen Anträge. Einige Anträge konnten aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt werden.

Unser Antrag fiel erwartungsgemäß durch: Der Stopp der Obsttützenaktion erhielt 20 Ja- Stimmen, 10 Enthaltungen und 53 Nein- Stimmen.

Mit einem kurzen Schlusswort und einem Mittagessen mit Schnelldurchlauf wurde die Delegiertenversammlung 2012 beendet.

Mein Resümee:

Eine dreitägige Delegiertenversammlung mit einem gigantischen Struktur, wenig Flexibilität, die kaum Zeit für inhaltliche Auseinandersetzungen und theoretische Exkurse ermöglichte, die für die Friedensbewegung nach innen und außen von großer Bedeutung sind. Manchmal hatte ich den Eindruck, dass es nicht um inhaltliche Fragen ging, sondern um Durchsetzung eigener Positionen. Eine Zeit des Reflektierens war nicht möglich: Hier und heute muss dieses und jenes sofort entschieden werden, basta!

Die Frage bleibt für mich, werde ich unter diesen Bedingungen nochmals an einer Delegiertenversammlung teilnehmen?

Egbert Wisser, im Dezember 2012

[1] Vgl. hierzu z.B.: Andreas Zick / Beate Küppers: Antisemitische Mentalitäten. Bericht über Ergebnisse des Forschungsprojektes Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa. Expertise für den Expertenkreis Antisemitismus, Berlin, Stand 2011: „Eine Kritik an Israel, die ohne antisemitische Assoziationen auskommt, ist möglich, aber selten“ (S. 29). „Zusammengefasst stellen wir fest, dass eine ‚neutrale‘ Kritik an Israel zwar möglich ist, aber äußerst selten vorkommt. In der Regel wird die Kritik an Israel antisemitisch unterfüttert bzw. scheint sie anti-jüdische Assoziationen zu evozieren“ (S. 32). [2] Siehe Matthias Blum, Expertise „Katholische Kirche und Antisemitismus“ zur Vorlage beim Bundesministerium des Innern/Expertenkreis Antisemitismus.

Abschaffung der Atomwaffen - Aktionen 2013

Auf ihrer 17. Jahrestagung in Trier ging es für die GAAA vor allem um Aktionen zur Abschaffung der Atomwaffen.

Vom 23. bis zum 25. 11.2012 (Freitagabend bis Sonntagmittag) setzten wir uns in den Räumlichkeiten der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier (AGF) zusammen. Im dortigen Weltladen(Erdgeschoss des Hauses) hielt die Koordinatorin; Marion

Küpker, zum Auftakt der Tagung einen Vortrag vor 15 ZuhörerInnen hielt. Mit Lichtbildern veranschaulichte sie, welche besonders interessanten Aktionen in den letzten Jahren bei der GAAA und der Kampagne „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“ gelaufen sind – nicht nur in Büchel. Auch von großen Demos im Ausland (Beispiel: Chicago Mai 2012 gegen den NATO-Gipfel) und internationalem Widerstand (Beispiel: Blockade der britischen Atomwaffenfabrik Aldermaston) konnte sie mit Fotos berichten.

Natürlich ging Marion Küpker auch auf die aktuell brisanten Themen ein: zum einen das „Einknicken“ der Bundesregierung bei der nuklearen Abrüstung, zum anderen die wenige Wochen vor unserer Tagung ins öffentliche Bewusstsein gerückte Gefahr des Austretens von Plutonium bei den Bücheler Bomben im Falle eines Brandes.

Dass die NATO die US-Atombomben nach ihrer Modernisierung jetzt noch sehr lange in fünf europäischen Ländern einschließlich Deutschland stationiert lassen will, ließ einen Zuhörer vermuten, dass damit wohl auch die US-Kampfbomber F 16 noch lange auf dem Militärflugplatz Spangdahlem bleiben werden. Spangdahlem befindet sich deutlich näher an Trier als Büchel. Ein anderer Zuhörer meinte, wahrscheinlich würden inzwischen auch in Spangdahlem wieder Atomwaffen gelagert. Das ist denkbar, denn die nuklearen B 61-Bomben können nicht nur auf die deutschen Tornados, sondern eben auch auf die F 16 montiert werden, und letztere haben eine viel größere Reichweite als die Tornados. Zudem sind die Militärflugplätze von Büchel und Spangdahlem ohnehin organisatorisch eng miteinander verbunden.

Marion Küpker erzählte schließlich noch von den bisherigen Planungen für die Sommeraktionen in Büchel und lud ihre ZuhörerInnen ein, am nächsten Tag an unserer Arbeitssitzung teilzunehmen. Dort besprachen wir außer unserem Hauptthema „Aktionscamp und Blockade im August“ auch die Vorbereitung des Bücheler Ostermarschs am Montag, 1. April. Es gab Ende November noch keine Antwort des Trierer Oberbürgermeisters auf die Einladung, am Ostermontag als Kundgebungsredner aufzutreten. Der OB gehört nicht nur zu den „Bürgermeistern für den Frieden“, er ist auch der Ehemann der designierten Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, was unsere aus anderen Bundesländern angereisten Aktiven mit leichtem Erstaunen zur Kenntnis nahmen.

Elke berichtete vom Stand ihres Verwaltungsgerichtsverfahrens wegen der in unseren Augen illegalen Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden: Das Obergericht Münster hat verlauten lassen, es wolle noch 2012 darüber entscheiden, ob es Elkes Revision gegen die Abweisung ihrer Klage durch das VG Köln zulassen werde. Elke und IALANA (JuristInnen gegen Atomrüstung) rechnen sich in Münster keine großen Erfolgchancen aus. Eher in Leipzig beim Bundesverwaltungsgericht, wo die Sache im Falle einer Klageabweisung in Münster landen würde. Sollte das OVG die Revision aber gar nicht zulassen, würde die Sache direkt nach Karlsruhe gehen, weil Elke und IALANA für diesen Fall vorsorglich Verfassungsbeschwerde eingelegt haben...

Martin Otto

Planungen zu Sommeraktionen Büchel

- 2.-5. August: Fastenaktion in Berlin vor dem Bundeskanzleramt
- 5.-9. August: Fortsetzung der Fastenaktion am Atomwaffenlager Büchel
- 5.-12. August: Camp in Büchel
- 9.-11. August: Aktionsvorbereitung (Bezugsgruppenfindung, Trainings in Gewaltfreier Aktion)
- 11./12. August: 24-stündige Musikblockade und Happening an den Zufahrtstoren des "Fliegerhorstes Büchel"
- parallel 14-tägiges internationales Mutlanger Jugendcamp am Atomwaffenlager

Atombomben endlich abziehen!

Da die Gedenktage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sind am 06./09.08.. Deshalb soll mit den für August 2013 geplanten Aktionen wenige Wochen vor der kommenden Bundestagswahl Druck auf die PolitikerInnen aller Parteien ausüben, damit der bereits im letzten Koalitionsvertrag und im Bundestagsbeschluss vom März 2010 geforderte Abzug der US-Atombomben aus Büchel endlich umgesetzt wird. Stattdessen ist in Zeiten der Finanzkrise geplant, diese durch neue milliardenteure, zielgenauere Versionen zu ersetzen. Wir fordern unsere Regierung auf, sich für ein Verbot aller Atomwaffen weltweit einzusetzen. Denn Atomwaffen sind und bleiben unmoralisch und illegal. Auch für Atomwaffen dürfen keine dringend in sozialen Bereichen benötigten Steuergelder verschwendet werden!

Musikblockade und Happening am Atomwaffenlager

Mit vielen MusikerInnen und anderen KünstlerInnen soll es am Sonntag/Montag 11./12. 08. 2013 ein 24-stündiges Happening mit Sessions und Musikblockade am Atomwaffenstandort Büchel geben. Viele können sich unter dem Motto „Abrüstungsinstrumente – Sounds ban bombs“ einbringen und selbst am „Fliegerhorst“ Büchel im August Musik machen, singen, dichten und tanzen. Die Aktivitäten leben von der Beteiligung aller - friedlich, bunt, schrill, laut, leise. .

Widerstand gegen die Modernisierung in den USA!

Die U.S. Regierung möchte ihren Atomwaffen-Komplex modernisieren und plant dafür mehr als 8 Mrd. \$ im Jahr für die kommenden 10 Jahre auszugeben. Die Energiebehörde hat bereits „Projekte zur Herstellung für den Ersatz“ in Oak Ridge (Tennessee) für die Herstellung der Bomben, in Los Alamos (New Mexiko) für die Plutonium-Kerne und in Kansas City für die Produktion nicht-nuklearer Bomben-Komponenten geplant. Die bei uns in Büchel stationierte Atombombe des Typs B61 kommt aus Kansas City, wo in der neuen Anlage zukünftig der modernisierte Typ, die B61-12, gefertigt werden soll. Kansas City wehrt sich: Die nationale nukleare Sicherheitsadministration (NNSA), die die ältere Kansas City Anlage in Betrieb hielt, verseuchte die Erde und das Grundwasser mit PCBs, Beryllium, Lösungsmitteln und mehr.

Die Kansas City Bevölkerung hat viele Gründe, gegen den neuen Anlagenbau zu sein: Er wird sie nicht nur verseuchen, darüber hinaus werden sie sogar gezwungen, dafür zu zahlen. Das Bündnis mit dem Namen „Missouri Friedenspflanzer“ (Missouri Peace Planters), agiert bereits seit Jahren gegen den Bau dieser Waffenfabrik. Es organisierte Demos, zivilen Widerstand und Straßentheater, zog vor Gericht, und Bündnismitglieder gingen ins Gefängnis. Und sie haben das Thema jetzt in die Abstimmung für die Frühjahrs-Wahl (April 2013) bekommen. Die „Peace Planters“ schrieben ihre Abstimmungs-Initiative, um die Stadt davor zu bewahren „zukünftige Arbeiten an Waffen zu finanzieren“. Die Initiative besitzt mehr als 5000 Unterschriften und hat vier Petitionen erstellt, die alle die „Atomwaffenproduktion und die Beteiligung der Stadt“ beinhalten. Mehr dazu findet ihr hier auf Englisch: www.peaceworkskc.org/kcplant.html

Marion Küpker

FI für atomwaffenfrei

Kampagne Protestaktionen

■ **Rhein-Hunsrück.** Die Friedensinitiative (FI) Rhein-Hunsrück ist der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ beigetreten, die sich für die Abschaffung aller Atomwaffen und den sofortigen Abzug der verbliebenen Nuklearwaffen aus Deutschland einsetzt. In dieser bundesweiten Initiative haben sich mehr als 50 Friedensgruppen und -organisationen aus ganz Deutschland zusammengeschlossen.

Die Kampagne soll bis 2015, bis zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags, laufen. Bis dahin wollen die Mitgliedsgruppen erreichen, dass die Bundesregierung sich für einen verbindlichen Weg zur Ächtung von Atomwaffen und für eine Atomwaffenkonvention einsetzt. Die Kampagne wurde am 26. März gestartet, dem zweiten Jahrestag des Bundestagsbeschlusses von 2010, in

dem die Bundesregierung von einer breiten Mehrheit im deutschen Parlament aufgefordert wurde, sich für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.

Die erste Aktionsphase der Kampagne lief bis zum Nato-Gipfel im Mai 2012, die zweite Phase soll bis zur Bundestagswahl im Herbst 2013 gehen, wobei der Höhepunkt im Sommer 2013 aus mehreren großen Protestaktionen am einzigen deutschen Atomwaffenstützpunkt, dem Bundeswehrfliegerhorst Büchel in der Eifel, bestehen soll. Bei ihrem Treffen Mitte November in Bell hatte sich die Hunsrück-Friedensbewegung dafür ausgesprochen, sich an diesen Protesten zu beteiligen.



Info: Heidrun Kisters, Kirchberg, Telefon 06763/4614 oder E-Mail an heidrun.kisters@t-online.de, im Internet unter www.fi-hunsrueck.de und unter www.atomwaffenfrei.de

»Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen«

Der deutsche Faschismus brauchte sechs Jahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen. Der Neoliberalismus schafft das locker in gut einem Jahr. Ein

Gespräch mit Jean Ziegler; Interview: Peter Wolter; Der Schweizer Jean Ziegler war der erste UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und ist heute Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrates.

Wir lassen sie verhungern« heißt Ihr neues Buch – Untertitel: »Massenvernichtung in der Dritten Welt. « Wer ist verantwortlich dafür, dass Millionen Menschen jedes Jahr verhungern?

Der »World Food Report« der UN sagt: Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren, 57000 Menschen jeden Tag. Von den sieben Milliarden Menschen, die es heute auf der Welt gibt, ist ein Siebtel permanent schwerstes unterernährt. Zugleich stellt der Report aber fest, dass die Weltlandwirtschaft nach dem heutigen Stand der Produktivkräfte problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren kann. Anders als noch vor wenigen Jahrzehnten gibt es heute keinen objektiven Mangel mehr – das Problem ist nicht die Produktion, sondern der Zugang zur Nahrung. Und der hängt von der Kaufkraft ab – jedes Kind wird ermordet, das während unseres Gesprächs verhungert.

Wer also sind die Herren dieser kannibalischen Weltordnung? Da möchte ich zunächst die zehn größten multinationalen Konzerne nennen, die 85 Prozent der weltweit gehandelten Lebensmittel kontrollieren – sie entscheiden jeden Tag, wer isst und lebt, wer hungert und stirbt. Ihre Strategie ist die Profitmaximierung.

Können Sie Namen nennen?

Die US-Firma Cargill Incorporated hat vergangenes Jahr 31,8 Prozent des weltweit gehandelten Getreides kontrolliert, die Dreyfus Brothers 31,2 Prozent des Reis-es. Ich will kurz die vier wichtigsten Mechanismen identifizieren, die den Hunger verursachen.

Zunächst wäre da die Börsenspekulation mit Grundnahrungsmitteln. Der internationale Banken-Banditismus hatte 2007/2008 an den Finanzbörsen rund 85000 Milliarden Dollar Vermögenswerte vernichtet. Seitdem sind die meisten Hedgefonds und Großbanken auf die Rohstoffbörsen umgestiegen, vor allem auf Agrarprodukte. Wie gehabt wird auch auf diesem Sektor weiter mit Derivaten, »Short Selling« und anderen legalen Finanzinstrumenten gehandelt, um mit Reis, Mais und anderem Getreide astronomische Profite einzufahren. Mais z. B. ist auf dem Weltmarkt in den vergangenen zwölf Monaten um 63 Prozent teurer geworden, die Tonne Weizen hat sich auf 272 Euro verdoppelt, der Preis für philippinischen Reis ist regelrecht explodiert: von 110 auf 1 200 Dollar.

Das können in der Dritten Welt aber nur wenige bezahlen ...

Laut Weltbank müssen 1,2 Milliarden Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag leben – sie hausen in den Slums der Welt: in Manila, Karatschi, Mexiko-Stadt, Sao Paulo usw. Von dieser winzigen Summe müssen Mütter ihre Kinder ernähren – wenn die Lebensmittelpreise explodieren, verhungern sie.

Ein zweiter mörderischer Mechanismus ist der zunehmende Einsatz von Agrar-Treibstoffen. Alleine in den USA wurden 2011 aus 138 Millionen Tonnen Mais und Hunderten Millionen Tonnen Getreide Biomethanol und Biodiesel hergestellt. Das Land verbraucht jeden Tag das Äquivalent von 20 Millionen Barrel (158 Liter) Erdöl – zwischen Alaska und Texas werden aber nur acht gefördert. Zwölf müssen eingeführt werden, aus Irak, Nigeria, Zentralasien, Saudi-Arabien und anderen gefährlichen Ländern. Das bedeutet, dass die USA unglaubliche Summen für ihr Militär ausgeben müssen, Obama will daher fossile durch vegetale Energie ersetzen. Aber Hunderte von Millionen Tonnen Nahrungsmitteln auf einem Planeten zu verbrennen, wo alle fünf Sekunden ein Kind verhungert, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Und der dritte Mechanismus?

Das ist die Überschuldung der ärmsten Länder. Von den 54 Staaten Afrikas sind 37 reine Agrarstaaten mit meist geringer Produktivität. Sie haben kein Geld, um in Bewässerung, Agrartechnik oder Dünger zu investieren. Nur 3,8 Prozent der Fläche Schwarzafrikas ist bewässert – auf dem Rest wird Regenlandwirtschaft wie vor 5000 Jahren betrieben. In einem normalen Jahr – ohne Krieg, Dürre oder Heuschrecken – wird in der Niger/Sahel-Zone durchschnittlich 600 bis 700 Kilogramm Getreide pro Hektar geerntet. In Baden-Württemberg hingegen sind es 10000 Kilogramm. Der deutsche Bauer ist nicht fleißiger oder klüger als sein afrikanischer Kollege – im Unterschied zu ihm hat er aber Mineraldünger, selektiertes Saatgut, Bewässerung, Traktoren etc. Dem afrikanischen Bauern kann auch sein Staat nicht helfen – der hat nämlich nur Schulden.

An diesem Punkt kommen öffentliche Finanzinstitute wie die Weltbank oder die Europäische Entwicklungsbank ins Spiel. Die sagen diesen Staaten: Baut Eure Schulden dadurch ab, dass Ihr das Ackerland Hedgefonds und Investoren überschreibt. »Landgrabbing« nennt sich das, alleine in Afrika waren es im vergangenen Jahr 41 Millionen Hektar. Diese Investoren haben Kapital, Technik, Transportmittel und Handelsbeziehungen. Sie pflanzen auf diesem Land dann Produkte an wie Avocados, Südfrüchte, Kaffee etc – für den Export nach Europa oder Nordamerika. Für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung bleibt nichts übrig.

Einen vierter Mordmechanismus ist das Agrardumping. Auf jedem afrikanischen Markt können sie heute frisches Gemüse, Geflügel und Früchte aus Italien, Frankreich oder Deutschland kaufen, je nach Saison um die Hälfte oder ein Drittel billiger als gleichwertige einheimische Erzeugnisse. Ein paar Kilometer weiter rackert sich der afrikanische Bauer mit Frau und Kindern in brüllender Hitze ab und hat nicht die geringste Chance, auch nur das Existenzminimum für seine Familie zu erwirtschaften.

Das, was die Kommissare in Brüssel anrichten, ist abgrundtief verlogen: Durch ihre Dumpingpolitik fabrizieren sie den Hunger in Afrika – und wenn die Hungerflüchtlinge sich nach Europa retten wollen, werden sie mit militärischen Mitteln brutal ins Meer zurückgeworfen, wo jedes Jahr Tausende

ertrinken.

Gibt es eine Schätzung, wie viele Menschen durch die Wirtschaftspolitik der entwickelten kapitalistischen Staaten ums Leben gekommen sind?

Laut ECOSOC-Statistik sind vergangenes Jahr 52 Millionen Menschen Epidemien, verseuchtem Wasser, Hunger und Mangelkrankheiten zum Opfer gefallen. Der deutsche Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen – die neoliberale Wirtschaftsordnung schafft das locker in wenig mehr als einem Jahr.

Haben Sie mit Ihrer Arbeit in den UN etwas bewegen können?

Wohl eher mit meinen Veröffentlichungen. Mein Buch basiert nicht nur auf Statistik, es ist auch ein Erlebnisbericht, ich habe die Lage in vielen Ländern an Ort und Stelle studiert. Ich kann jetzt genau sagen, wer die Halunken sind – kann aber auch darauf hinweisen, welche Hoffnungen es gibt. Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen. Solange wir schweigen, sind wir Komplizen der Mörder. Che Guevara hat gesagt: »Auch die stärksten Mauern fallen durch Risse« – und diese Risse werden zunehmend sichtbar!

Immer mehr Menschen wird es klar, dass diese kannibalische Weltordnung von Menschen gemacht wurde und auch von ihnen gestürzt werden kann. Mit der Mobilisierung der Zivilgesellschaft – ATTAC, Greenpeace, Via Campesina usw. – ist ein neues historisches Subjekt entstanden. Ihr einziger Motor ist der moralische Imperativ – Immanuel Kant hat gesagt: »Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.« Da möchte ich Deutschland hervorheben: Dieses Land ist die wohl lebendigste Demokratie Europas und immerhin die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Das Grundgesetz gibt alle Waffen in die Hand, um die mörderischen Mechanismen, die Millionen Menschen durch Hunger töten, auf demokratischem und friedlichem Wege zu brechen. Karl Marx sagt: »Der Revolutionär muß imstande sein, das Gras wachsen zu hören« – der Aufstand des Gewissens in Europa steht bevor

Abdruck dieses Interviews mit freundlicher Genehmigung von „Junge Welt“ erschienen am 16.11.2012. Jean Ziegler wird an der Rosa Luxemburg Konferenz am 12.01.2013 teilnehmen.

Abgeerntet – Die Welt hungert nach Land

Ergänzend zum Interview mit Jean Ziegler fügen wir noch Informationen aus der Aktionszeitung von INKOTA an, die unter dem obigen Titel zum Welternährungstag 2012 erschienen sind. Ergänzt wird das durch ein Zitat Karl Polanyi.

„Ackerland – Ein knappes Gut

Doch die „Teller vs. Tank-Debatte“ spiegelt nur eine Dimension wider, warum Ackerland zunehmend unter Druck gerät. Seit Mitte der neunziger Jahre

stagniert der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen an der gesamten Landfläche und ist zuletzt sogar rückläufig. Nach Angaben der Welternährungsorganisation gehen täglich landwirtschaftliche Nutzflächen im Umfang von 20.000 Hektar durch Übernutzung oder Versalzung verloren. Weitere Ackerflächen fallen der zunehmenden Urbanisierung *zum Opfer*. Seit den 1960er Jahren ist die Ackerfläche pro Kopf der Weltbevölkerung um die Hälfte zurückgegangen.“

„Immer mehr Akteure buhlen um Ackerland

Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Land. Immer mehr Menschen müssen ernährt werden. Bis 2050 wird die Weltbevölkerung um weitere zwei Milliarden wachsen. Veränderte Ernährungsgewohnheiten in vielen Schwellenländern tun ein Übriges.“

„Mais und Zuckerrohr als Ausweg aus Erdöl-Abhängigkeit

Um einen Ausweg aus der Erdöl-Abhängigkeit zu finden, preisen Politiker/Innen, WissenschaftlerInnen und Konzerne nachwachsende Rohstoffe als Lösung an. Landwirte sollen künftig neben Nahrungsmitteln auch Rohstoffe für die Konsumgüterproduktion liefern. Kunststoff soll aus Zuckerrohr oder Mais hergestellt werden, Flugkerosin aus der ölhaltigen Nuss Jatropha oder aus Leindotter und für Lippenstifte und Waschmittel soll Palmöl Verwendung finden. Der Begriff der „Biomass Economy“ – der „Biomasse Ökonomie“ – hält zunehmend Einzug in die Fachdiskussionen. Die Bundesregierung fördert diesen Trend. Im September verkündete der für Landwirtschaft zuständige Staatssekretär Peter Bleser (*Bundesabgeordneter aus dem Wahlkreis Cochem*), dass „die stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe und damit auch die Herstellung neuer Biokunststoffe ein fester Teil der Zukunftsstrategie der Bundesregierung sind“. Im Rahmen der „Nationalen Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030“ stellt die Bundesregierung zwei Milliarden Euro Fördermittel zur Verfügung. Ein Regierungsabkommen mit den USA soll die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Flugbenzin aus nachwachsenden Rohstoffen befördern. Der weltweite Trend der Umnutzung von Ackerflächen – weg vom Anbau hin zu Biomasseproduktion – wird durch jüngste Zahlen der International Land Coalition bestätigt. Danach ist seit Mitte der 2000er Jahre die Nachfrage nach Land explodiert. Immer mehr kommerzielle Akteure kaufen oder pachten Ackerland vor allem auf dem afrikanischen Kontinent. In den Jahren 2000 bis 2010 wurden weltweit Kauf- oder Pachtverträge über mindestens 70 Millionen Hektar Ackerland abgeschlossen. Auf nur 18 Prozent dieser Fläche sollen Nahrungsmittel angebaut werden. Die überwiegende Fläche ist für den Anbau von Energiepflanzen vorgesehen.“

„Konkurrenz um Ackerland birgt Konfliktpotential

Im 21. Jahrhundert droht die existentielle Ressource Ackerland zum Luxusgut zu werden. Die Weltgemeinschaft steht damit vor einer Grundsatzfrage: Wofür soll fruchtbares Ackerland künftig genutzt werden? Angesichts 870 Millionen Hungernder handelt es sich dabei nicht nur um eine Frage der Prioritäten der Industrienationen, sondern um eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Der europäische Agrarkraftstoffboom hat bereits deutlich gemacht, dass der unkontrollierte Import von Biomasse gravierende Auswirkungen auf die

Ernährungssicherheit vieler Menschen in den Entwicklungsländern haben kann. Mit dem nahenden Post-Erdölzeitalter gründet sich ein neuer Club der Hungermacher: Der Anspruch von immer mehr Industrien auf pflanzliche Rohstoffe wird die Nutzungskonkurrenz um Ackerland weiter verschärfen, die Preise für Nahrungsmittel werden weiter ansteigen und die Zahl der Hungernden insbesondere in den Entwicklungs-ländern wird explodieren. Die gewaltsamen Proteste während der Welternährungskrise 2007/2008 haben einen Vorgeschmack auf das Konfliktpotential gegeben, das mit steigenden Lebensmittelpreisen verbunden ist. Deshalb ist es eine zentrale Herausforderung für die internationale Politik, als allererstes das Menschenrecht auf Nahrung sicherzustellen bevor Ackerflächen für andere Zwecke genutzt werden und der Nahrungsmittelanbau verdrängt wird.“

*Zur Ergänzung dazu soll **Karl Polanyi(The Great Transformation)** zitiert werden. Er schreibt 1944 im Zusammenhang mit den Hungerkatastrophen in Indien: „die eigentliche Ursache der Hungersnöte der letzten fünfzig Jahre war der freie Getreidemarkt, verbunden mit lokalen Einkommensausfällen“. „Missernten gehören natürlich zum Gesamtbild. Aber die Entsendung von Getreide mit der Eisenbahn erlaubte die Entsendung von Hilfe in die bedrohten Gebiete. Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, dass die Menschen nicht in der Lage waren, die rapide angestiegenen Getreidepreise zu bezahlen, die sich auf einem freien, aber schlecht organisierten Markt als Reaktion auf den Mangel einstellen mussten. In früheren Zeiten hatte man kleine Vorratslager als Schutz gegen Ernteauffälle unterhalten, doch waren diese nun abgeschafft beziehungsweise dem großen Markt einverleibt worden.“ ...Unter den Monopolisten hatte man die Situation mit Rückgriff auf archaische ländliche Strukturen, zu der die kostenlose Verteilung von Getreide gehörte, noch einigermaßen unter Kontrolle gehalten, während die Inder nach Einführung eines freien und offenen Handels zu Millionen verhungerten.“*

Fazit: Mindestens seit dem 2. Weltkrieg ist bekannt, dass unter der Regie des freien Marktes der Hungertod von Millionen von Menschen in Kauf genommen wird. Ein freier Markt für Boden und Nahrungsmittel schafft keine Ernährungssicherheit!

Buchvorstellung: David Gräber: Schulden

Unvermindert diskutieren Öffentlichkeit und Politik die Schuldensituation zahlreicher Staaten, vor allem die Griechenlands. Welche Schulden kommen noch auf die Länder, den Steuerzahler zu, um das System zu retten? Ist ein Schuldenschnitt oder die Option auf spätere Zurückzahlung richtige Antwort?

Da ist das Buch „Schulden“ von David Gräber* aus den Vereinigten Staaten unmittelbar beim Thema. Als Ausgangspunkt wählt er die verbreitete Überzeugung „muss seine Schulden zurückzahlen“, die er allerdings ökonomisch als fragwürdig ansieht. Es ist offensichtlich eine moralische Aussage. Aber die

Dehnbarkeit des Schuldenbegriffs gibt ihm seine Macht. „Wenn die Geschichte etwas zeigt, dann dies, dass es keine bessere Methode gibt, auf Gewalt gegründete Beziehungen zu verteidigen und moralisch zu rechtfertigen, als sie in Sprache von Schuld zu kleiden – vor allem, weil es dann sofort den Anschein hat, als sei das Opfer im Unrecht. Allerdings werden Schulden und Schuldner entsprechend des Machtgefüges völlig unterschiedlich behandelt.“ Man vergleiche nur die öffentliche Diskussion um die Schulden Griechenlands und die der USA. So lautet das historische Resümee des Autors: „Seit vielen tausend Jahren wird der Kampf zwischen Reichen und Armen überwiegend in Form von Konflikten zwischen Gläubigern und Schuldnern ausgetragen – mit Argumenten über Recht und Unrecht von Zinszahlungen, von Schuldknechtschaft, Schuldenerlass, Enteignung, Rückgabe, der Konfiszierung von Schafen oder Weinbergen oder Verkauf von Kindern in die Sklaverei.“ Er geht der Frage nach, woher der Zusammenhang von Schuld und Schulden herrührt. Gibt es eine Urschuld – wie sie in den hinduistischen Veden beschrieben wird – und ist der Staat sozusagen der Hüter dieser Urschuld, da wir ihm unser Leben verdanken? So gibt er sich auf die Suche: Ist die Marktlogik – wie wir sie aus der modernen Ökonomie kennen – entscheidend, „derzufolge wir uns alle gerne als Individuen sehen, die einander nichts schulden“. Oder ist der Staatslogik zu folgen, „nach der wir alle mit einer Schuld beginnen, diese aber nicht wirklich zurückzahlen können“.

Auf der Suche nach Antworten auf diese – aber auch anderen – Fragen erforscht Gräber die gesamte uns bekannte Geschichte und macht überraschende Details deutlich. Zum Beispiel:

- die Idee vom ursprünglichen Tauschhandel, wie sie bei Adam Smith und in fast allen modernen ökonomischen Lehrbüchern auftaucht, ist ein Mythos, der in anthropologischen Erkenntnissen keine Basis hat.
- das Geld oszilliert immer zwischen Ware und Schuldpfand - siehe die beiden Seiten einer Münze: Zahl(Ware) und Kopf(Garantie – heute in der Regel staatlich).
- Älter als der Umlauf von Münzen ist das Gewähren von Krediten(vgl. die Praxis des Anschreibens).
- Märkte für Gebrauchsgegenstände sind in der Regel im Zusammenhang mit Kriegen und dem Unterhalt von Soldaten entstanden (in der Antike). Die Herrscher gaben Münzen aus und konnten damit die logistischen Probleme der Versorgung lösen.
- Was immer ein Staat als Zahlungsmittel akzeptierte (Edelmetalle, Kerbhölzer, Vieh usw.) wurde zur Währung. Die Währung diente fast immer als Recheneinheit und wurde nicht unbedingt transferiert.
- Geld ist in bestimmten Gesellschaften eine soziale Währung, es dient der Herstellung von Beziehungen. In manchen Gesellschaften spielt es überhaupt keine Rolle für einen Tauschhandel, sondern ist Anerkennung einer Schuld, die nicht zu begleichen ist (Z.B. Blutschuld).

- Sklaverei entsteht neben der militärischen Eroberung zumeist in ökonomischen Zusammenhängen. Wenn beispielsweise Schulden nicht anders bezahlt werden können, werden selbst Familienangehörige in die Sklaverei gegeben. Vgl. heutzutage den Menschenhandel im Kontext von Prostitution.
- Freiheit heißt in antiken Kontexten zuerst Befreiung von den Auswirkungen der Schulden. Das System der Buchführung beenden bedeutet Erlösung, was in seiner ursprünglichen Bedeutung ja Loskaufen heißt.
- Im Gegensatz zu alltäglichen Überzeugungen gibt es auch Gesellschaften, die Schulden als Vehikel der Beziehung ansehen.

Gleich, welche überraschenden Thesen und Erkenntnisse der Autor für den einzelnen Leser/in bereit hat, der eigentlich Gewinn ist für mich die umfassende Aufarbeitung ökonomischer Zusammenhänge in zahlreichen Gesellschaften und Jahrhunderten. Auch wenn schon etwas islamische Ökonomie bekannt ist, wer weiß etwas über buddhistische, hinduistische, chinesische oder afrikanische Ökonomien aus vergangenen Jahrhunderten? Gräber bezieht sie mit ein, zeigt Zusammenhänge auf und schildert Übergänge von ökonomischen Vorstellungen durch die Jahrhunderte. Derartige rückblickende Orientierungen sind meiner Meinung nach eine wichtige Voraussetzung, die dogmatischen Annahmen gegenwärtiger Ökonomie zu durchschauen und ihnen zu widersprechen, besonders dann wenn sie sich als gesetzmäßig betrachten. So sehe ich das Buch als eine vehemente Aufforderung, Übergänge voranzutreiben.

Deshalb möchte ich aus dem Schlussabschnitt mit der Überschrift „Vielleicht schuldet uns die Welt tatsächlich ein Leben“(S.407) noch Zitate anfügen.

S.409: ...„dies ist in meinen Augen so verderblich an der Moral der Schulden: Die finanziellen Imperative sollen uns alle als Plünderer herabwürdigen, zu Menschen, die ihre Umwelt nur als Ansammlung von Dingen beachten, die potentiell zu Geld gemacht werden können. Mehr noch, nur Personen, die bereit sind, die Welt mit den Augen eines Plünderers zu sehen, verdienen Zugang zu den Ressourcen, die man braucht, um im Leben nach irgendetwas *außer* dem Geld zu streben

„ Die gewaltige Schuldenmaschine, die in den letzten fünf Jahrhunderten einen wachsenden Teil der Weltbevölkerung auf das moralische Niveau von Konquistadoren herabgedrückt hat, dürfte an ihre sozialen und ökologischen Grenzen stoßen. Die tief verwurzelte Neigung des Kapitalismus, sich die eigene Zerstörung auszumalen, hat sich im letzten halben Jahrhundert in eine Vorliebe für Szenarien verwandelt, die die übrige Welt mit in den Abgrund zu reißen drohen“

„Daher möchte ich ein gutes Wort für die untüchtigen Armen einlegen. Denn zumindest schaden sie niemand. Wenn die Zeit, die sie sich frei nehmen, mit ihren Freunden und ihrer Familie verbringen und sich um die Menschen

kümmern, die sie lieben, tragen sie vermutlich mehr zu einer besseren Welt bei, als uns bewusst ist. Wir sollten sie als Vorreiter einer neuen Wirtschaftsordnung betrachten, die weniger als die gegenwärtige darauf versessen ist, sich selbst zu zerstören.“

S 410: „Ich habe den Eindruck, ein Ablassjahr nach biblischem Vorbild ist überfällig., für Staatsschulden wie für Konsumschulden. Ein genereller Schuldenerlass wäre nicht nur heilsam, weil er menschliches Leid lindern könnte. Er rufe uns auch in Erinnerung, das Geld nichts Geheimnisvoll-Unvergleichliches ist und das begleichen von Schulden nicht das Wesen von Sittlichkeit ausmacht. Alle diese Vorstellungen sind menschliche Erfindungen, und in einer richtigen Demokratie hätten alle Menschen die Möglichkeit, ihre Gesellschaft anders zu organisieren.

„Alle großen Imperien seit Hammurabi haben sich einer solchen Politik widersetzt. ... Selbst angesichts ständiger Schuldenkrisen bemühten sie sich, die Gesetzgebung anzupassen, die Auswirkungen zu mildern...Aber dabei achteten sie stets darauf, dass das Schuldenprinzip nicht angetastet wurde.“

„Die herrschende Klasse hat einen ähnlichen Zugang gewählt, ...aber bei alledem lässt sie nicht zu, dass irgendjemand das heilige Prinzip in Frage stellt, jeder müsse seine Schulden zurückzahlen. Doch mittlerweile ist klar, dass der Grundsatz eine schamlose Lüge ist.. Wie sich herausstellt, muss keineswegs „jeder“ seine Schulden zurückzahlen. Diese Verpflichtung gilt nur für einen Teil von uns. Wir sollten reinen Tisch machen, unsere überkommene Moral über Bord werfen und einen Neuanfang wagen.“

Ich denke, treffender als in diesem Abschnitt lässt sich die gegenwärtige Politik nicht kennzeichnen.

Albert Hohmann

* *David Gräber, Schulden, Klett-Cotta 2011*